

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 1.50 RM. monatlich 1.50 RM.
wöchentlich 30 Pf. frei im Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

NO

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Sonnabend, den 17. März 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Kurt Weydanz, Nr. 151 90-151 97.

Verleger: Kurt Weydanz, Nr. 151 90-151 97.

Abdankung des Zaren

Sozialisten in der Regierung - Erfolg des U-Boot-Kriegs im Februar

Kost alle Meldungen der letzten 24 Stunden bestätigen den Sieg der russischen Revolution. Außer in Petersburg scheint sie überhaupt keinen Widerstand gefunden zu haben.

Einer Nachricht freuen wir uns freilich von ganzem Herzen, mögen wir im übrigen von der Revolution halten was wir wollen, mögen wir selbst in ihr eine Verstärkung des russischen Kriegswillens sehen: das ist die Kunde von der Abdankung des Zaren, des despotischen und blutbeladenen Herrschers, den die Weltgeschichte der letzten hundert Jahre gesehen hat.

Inzwischen hat sich die neue Regierung konstituiert; der Draht meldet Namen der Ausschuss- und Kabinettsmitglieder, und diese bestätigen den ersten Eindruck von dem Charakter der Revolution als einer durchaus großbürgerlich-liberalen, vor allen Dingen aber kriegsverschärfenden. Wer an dieser letzten Eigenschaft bisher noch irgendeinen Zweifel hegte, dem mußte er genommen werden durch den erleichterten Stoßfeuerz Bonar Law's und seiner Erklärung vor dem englischen Parlament.

Das neue russische Kabinett und der Ausschuss bestehen in ganz überwiegendem Maße aus Oktobristen und Kadetten, deren bekannte Führer sämtlich in ihnen vertreten sind. Ein wenig Einfluss ist den gemäßigten Gruppen des Zentrums und der Rechten eingeräumt worden, ein wenig auch der Arbeiterschaft. Tschaidse, der bekannte sozialistische Führer, hat den Posten des Vizepräsidenten im Ausschuss erhalten, Kerenski, welcher der radikalen Arbeiterpartei angehört, ist Justizminister geworden.

Nach dem von uns veröffentlichten Telegraphenbericht hat während der Revolution noch im Gange war, bereits ein erster Konflikt zwischen den Arbeiterführern und den liberalen Führern der Bewegung eingesetzt, weil jene die Ziele der Letzteren nicht weit genug gingen. Er soll beigelegt worden sein. Aber noch viel deutlicher als in dem schönfärbischen englisch-holländischen Telegramm tut sich der Konflikt zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum auf in unsere Amsterdamer Privatmeldung. Es zeigt sich mit verblüffender Genauigkeit das typische Bild aller Revolutionen, die Furcht des Bürgertums davor, daß die Massen die Gewalt in die Hände bekommen könnten, seine Engherzigkeit zu bremsen und der Versuch mit den gemäßigteren Elementen der Arbeiterschaft zu paktieren.

Und diese Bourgeoisie hat wahrlich, wenn je eine, allen Grund zu fürchten, daß ihr die Revolution über den Kopf wächst. Jeder Revolution waren bisher gewisse Flitterwochen gegönnt, in denen das Bürgertum zeigen konnte, ob es gewillt sei, seine Versprechungen einzulösen. Diese Revolution hat verheerend kurze Flitterwochen; sie dürfen nämlich nicht länger dauern, als ein Mensch braucht, um zu verhungern. Aus Hunger haben sich die Massen ihr angegeschlossen, aber das Ziel der Wache heißt Kriegsvorbereitung. Freilich, scheinen sich auch in der Arbeiterschaft Elemente zu finden, die mit Miljukow und Rodzianko konform gehen. Darauf deutet der angeblich von Arbeiterführern erlassene Aufruf an die Munitionsarbeiter hin: diese sollten die Arbeit wieder aufnehmen, damit die Wälder an der Front um so energischer den Krieg fortsetzen könnten.

Aber von Tschaidse und Kerenski können und wollen wir einstweilen nicht annehmen, daß sie ihren schroff kriegsgegenwärtigen Standpunkt, der noch in ihren letzten Erklärungen deutlich Ausdruck fand, plötzlich den Miljukow und Genossen zu Liebe aufgegeben haben. Aber was sollen sie alsdann im Kabinett der Oktobristen und Kadetten? Es muß sofort zu heftigen Konflikten kommen, wenn das erste Wort über die einzuschlagende Kriegspolitik fällt. Dann gibt es zwei Möglichkeiten: entweder Tschaidse und Kerenski scheiden aus dem Kabinett aus und das wäre für die Massen das Signal, der liberalen Regierung den Rücken zu kehren und der bürgerlichen Revolution die proletarische folgen zu lassen. Oder aber die Liberalen wagen nicht in Voraussicht dieser Dinge, es dahin treiben zu lassen. Das aber bedeutete wiederum Verzicht auf jene kriegsverschärfenden Ziele, durch deren Proklamierung sie zweifellos erst die wichtigen militärischen und Beamtenkreise gewonnen haben, die sonst unfehlbar dem Zaren treu geblieben wären; also Selbstverleugung der Konterrevolution. So ist die liberale Herrschaft trotz ihres augenblicklichen Triumphes bereits von zwei Seiten aufs ärgste bedroht.

Den Zaren trifft die Nemesis.

London, 15. März. (Neuermeldung.) Bonar Law teilte im Unterhause mit, der Zar habe abgedankt. Großfürst Michael Alexandrowitsch sei zum Regenten ernannt worden.

Wo steckt der Zar?

Während eine Amsterdamer Prekagentur meldet, daß der Zar sich im Hauptquartier befinde, und die Jarin und der Zarewitsch (Kronprinz) sich in Strassnoje Selo befinden, will der Berliner Korrespondent der „Frankf. Zeitung“ erfahren haben, daß an amtlicher Stelle in Bern zuverlässige Nachrichten eingetroffen seien, wonach der Zar auf der Fahrt von Petersburg nach Moskau von Revolutionären aufgehalten und gefangen gesetzt wurde. Er sei daraufhin zur Abdankung gezwungen worden. (Wir halten die letztere Redart nicht für glaubhaft).

Die Jarin unter Bewachung.

London, 16. März. „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg, daß die Jarin bewacht wird.

Großfürst Cyrill, der kommende Zar?

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Amsterdam, 16. März. Telegramm unseres P.-Korrespondenten: Wie hier in gut unterrichteten Kreisen verlautet, ist der Einfluß des Großfürsten Michael vollständig gleich Null; dagegen ist Großfürst Cyrill, welcher Rodzianko schleunigst seine Ergebenheit bezeugte, ehrgeizig und spekuliert auf die Zarenkrone.

Proletariat und Bourgeoisie in der russischen Revolution.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Amsterdam, 16. März. Telegramm unseres holländischen P.-Korrespondenten: Der Bericht der „Times“ aus Petersburg über die Situation am Mittwoch morgen zeigt die dramatische Zuspitzung der Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft. Die sitzenden Dumaliberalen suchten sofort die Unterstützung der gemäßigten Elemente, um sich vor der proletarischen Diktatur zu schützen, und gaben den Sozialdemokraten, welche offenbar in den ausländischen Volksmassen entscheidenden Einfluß haben, gleichzeitig Versprechungen ab, die sich in der Ministerkammer des Kriegsfeindes Kerenski ausdrücken. So birgt die Lage allerhand Unsicherheit zu sein, namentlich wegen der noch nachherfolgenden Beilegung des Streites.

Der Bericht der „Times“ geht dahin: wenn der Zar nicht sofort den gemäßigteren Elementen nachgibt, so würde der Einfluß des provisorischen Dumakomitees auf die Sozialisten übergehen. Die sozialdemokratische Partei publiziert gestern einen sehr verführerischen Aufruf, welcher in der ganzen

Stadt verbreitet wurde. Die Redakteure sind reine Doktrinäre, welche (nach Ansicht der „Times“) in der Praxis große Fehler begehen würden. Männer wie Kerenski und Tschaidse, die ohne Unterstützung von Offizieren und gemäßigteren Elementen zu Werke gehen, können eine Haltung nicht vermeiden, welche die Aufgabe des Dumakomitees erschwert. Letzterer sieht die Gefahr ein und vermiecht darum die Verhaftung der Minister, die gestern kinderleicht gewesen wäre.

So ist (schreibt die „Times“) eine Hintertür für Unterhandlungen offen gelassen, so daß wir allen Vorteilen des neuen Regimes entgegensehen können, ohne die Schrecken von Kommune, Anarchie und Bürgerkrieg zu erleben.

Die Beziehungen zwischen dem Dumakomitee, welches die ganze Nation vertritt und dem Arbeiterdelegiertenrat, welcher nur Masseninteressen repräsentiert, aber in einer Krise wie der jetzigen enorme Macht besitzt, rief nicht wenig Kritik hervor, da man einen Konflikt für möglich hält, welcher schreckliche Folgen hätte. Glücklicherweise ist die Gefahr wenigstens vor der Hand abgewendet, dank dem Einfluß Kerenski's, welcher die Notwendigkeit einsieht, im Interesse seiner Arbeitermandatare mit dem Komitee zusammenzuwirken. Heute wurde eine befriedigende Regelung zur Verhütung unnötiger Reibungen getroffen.

(Wegen der Ausdrucksweise in vorstehendem Telegramm mögen sich unsere Leser hündig vor Augen halten, daß es sich um den Bericht der „Times“, eines bürgerlich-liberalistischen Blattes, handelt.)

Die neue russische Regierung. Oktobristen und Kadetten.

Kopenhagen, 16. März. Der von der Reichsduma eingeseht

Vollziehungsausschuss

besteht aus folgenden Personen:

- dem Vorsitzenden der Reichsduma Rodzianko, dem Führer der sozialdemokratischen Reichsdumafraktion Tschaidse, dem Führer der Arbeiterpartei Kerenski, dem Kadettenführer Miljukow, dem Angehörigen der Oktobristenfaktion Oberst Engelhardt, dem Vizepräsidenten der Reichsduma, dem Kadett Konowalow, dem Sozialenoffizier Karaulow, dem ersten Reichsdumasekretär Dmitrijukow, dem zweiten Reichsdumasekretär Rschewskij, dem Oktobristenführer Schidlowskij, dem Kadett Krasnow, dem Führer der gemäßigten Oktobristen Fürst Lwow, dem Führer der linken Nationalisten Schulgin.

Petersburg, 16. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Vollziehungsausschuss der Reichsduma veröffentlicht die folgende

Liste d. s. neuen nationalen Kabinetts:

Fürst Lwow, Präsident des Semstwoverbandes, wird zum Ministerpräsidenten und Minister des Innern ernannt, der Abgeordnete für Petersburg, Miljukow, zum Minister des Aeußeren, der Abgeordnete für Saratow, Kerenski, zum Justizminister, der Vizepräsident der Reichsduma, Krasnow, zum Verkehrsminister, der Abgeordnete für Astrachan, Konowalow, zum Minister für Handel und Industrie, der Professor an der Universität Moskau, Kanulow, zum Minister für öffentlichen Unterricht. Das Mitglied des Reichsrates und früherer Präsident der dritten Reichsduma, sowie Präsident der vereinigten Ausschüsse der mobilisierten Industrie, Gutschkow, wird Kriegs- und interimistisch Marineminister. Der Abgeordnete von Petersburg, Schingarew, Ackerbauminister, der Abgeordnete von Kiew, Terebilenko, Finanzminister, und der Abgeordnete von Kasan, Godnew, Staatskontrollleur.

Vollziehungsausschuss wie Kabinett setzen sich also in der Hauptsache aus Oktobristen und Kadetten zusammen. Von den obengenannten Ministern sind Fürst Lwow Konowalow, Gutschkow bekannte Führer der Oktobristenpartei, Miljukow,

Die Insertions-Gebühr beträgt für die fechtgehaltene Kolonne...
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Schugarew, Uraow die Häupter der Kadetten (Konstitutionellen Demokraten). Kerenski ist Mitglied der radikalen Arbeiterpartei Trudowiki, die zusammen mit den Sozialisten die äußerste Dumaslinks bildet. — Tschibse und Kerenski haben sich bisher als schroffe Gegner des Krieges gezeigt, während die Vorkerklichkeit der Kadetten und Kadetten dem Kabinett den Stempel eines Organs zur energichsten Kriegsführung aufdrückt.

England fühlt „wirkliche Erleichterung“.

London, 15. März. (Reutermeldung.) Im Unterhause sagte Bonar Law, als er Mitteilung von der Thronensagung des Zaren machte: Es ist eine wirkliche Erleichterung für uns, daß die Bewegung nicht auf die Erlangung eines Friedens hinstrebt, sondern daß im Gegenteil die Unzufriedenheit sich nicht gegen die Regierung richtet, weil sie den Krieg weiterführt, sondern vielmehr, weil sie ihn nicht mit der Wirksamkeit und Energie weiterführt, welche das Volk erwartete.

(Lauter Beifall.) Bonar Law erwähnte sodann, daß nach eingegangenen Nachrichten der Verlust an Menschenleben nicht schwer gewesen sei, und betonte, daß der Wechsel mit verhältnismäßiger Ruhe bewirkt worden sei.

Blutige Kämpfe in Moskau?

Kopenhagen, 16. März. (W. T. B.) Laut Depeschen aus Saporanda dauern in Moskau die blutigen Kämpfe fort. Der Oberbefehlshaber des Moskauer Militärbezirks, Proskowski, lehnte die Unterordnung unter die neue Regierung ab und weigerte sich, die Gewalt aus den Händen zu geben.

Die Meldung widerspricht den bisherigen.

Noch immer Kämpfe in Petersburg.

London, 16. März. Reuter meldet aus Petersburg: Die Ruhe kehrt rasch zurück. Es sind aber noch viele Dächer und Dachräume von Anhängern der alten Regierung besetzt, die auf deren Rückkehr hoffen und auf die Truppen und Bevölkerung feuern. Auf Befehl des ausführenden Komitees durchsuchen die Soldaten die Dächer und entfernen alle verdächtigen Personen.

Der Sturz der zarischen Zwingburgen.

Petersburg, 13. März. Aus einer Reutermeldung, die noch zahlreiche Einzelheiten über den Verlauf der Revolution bringt, geht hervor, daß unter anderem auch die Peter- und Paulfestung genommen und das Gefängnis geöffnet wurde; die Zitadelle ist jetzt das Hauptquartier der revolutionären Streitkräfte. Ferner bemächtigten sich die Revolutionäre des verhafteten Kreisky-Gefangnisses und setzten alle politischen Gefangenen in Freiheit. Ebenso wurden die Frauen befreit, die sich in Unterjochung befanden. Das Hauptbureau der Geheimpolizei wurde zerstört und sämtliches Archivmaterial, das sich auf politische Personen und Organisationen bezieht, verbrannt.

Allgemeine Amnestie.

Reuter meldet aus Petersburg, daß der neue Justizminister beschlossen hat, eine allgemeine Amnestie für politische Vergehen zu erlassen. Des Wunsches des Ministers des Innern Kurlova und der früheren Kriegsminister Sachomlino sind verhofft.

Nikolai Nikolajewitsch vermittelt.

Petersburg, 15. März. (Reutermeldung.) Großfürst Nikolai hat Rodzianko telegraphiert, daß er im Einvernehmen mit dem Generalstabschef Alexejew den Zaren gebeten habe, den unten den gegenwärtigen verhängnisvollen Umständen einzig möglichen Beschluß zu fassen, um Rußland zu teilen und den Krieg einem erfolgreichen Ende zuzuführen.

Der russische Heeresbericht.

war am 13. und 14. März ausgeblieben, im Zeichen der inneren Wirren. Jetzt ist er für den 15. März wieder erschienen. Inhaltlich ist er belanglos und von auffälliger Kürze.

Der Werdegang der Revolution.

Hefige Straßenkämpfe — Der Uebergang der Truppen — Sozialisten und Liberale.

Amsterdam, 16. März. Der „Telegraaf“ gibt ausführliche Meldungen der „Times“ vom 13. März über die russische Revolution wieder. Danach kam es am Sonntag zu neuen Straßenkämpfen, die einen viel größeren Maßstab annahmen als die von Freitag. Das schöne Wetter hatte die Bevölkerung aus den Häusern gelockt und die vergeblichen Versuche, die Straßen freizuhalten, scheinen zu den ersten Befehlen geführt zu haben, auf die Menge zu feuern. Die

Meutereien der Gardetruppen

sollen ihren Anfang genommen haben, als ein Student dem Kommandanten der Truppen den Säbel wegriß und ihm damit erhebliche Wunden beibrachte. Die Dumakommission hatte sich versammelt, um über die Lebensmittelfrage zu beraten, und alle Mitglieder, die den Lauripalast erreichen konnten, waren beisammen. Es gingen Gerüchte um, daß Protopopow zurückgetreten sei und daß die Bekämpfung davon am nächsten Tage nach der Rückkehr des Zaren zu erwarten stünde. Am Montag früh wurde bekannt, daß die Duma auf zwei Monate verlagert werden solle. Drei Garderegimenter und verschiedene Linienregimenter hatten sich den Abgeordneten angeschlossen. Das Arsenal war durch ausländische Truppen besetzt und Maschinengewehre,

Gewehre und Munition waren unter das Volk verteilt worden. Später hatten die Führer der Duma eine Konferenz mit den Abgeordneten. Die ausländischen Truppen, deren Zahl auf 30 000 angegeben wird, hatten beschlossen, ein Komitee von 300 Mitgliedern des fortschrittlichen Blocks und der Sozialisten zu wählen. Die Aufgabe dieses Komitees sollte hauptsächlich sein, die Fühlung zwischen Volk und Heer herzustellen. Rodzianko telegraphierte an den Zaren, daß allgem. eine neue Regierung gebildet werde, daß diese Forderung sofort erfüllt werden müßte und daß die Verantwortung für einen weiteren Aufbruch dem Souverän zufallen würde. Abkräften dieses Telegramms wurden an die kommandierenden Generale an der Front gesandt. Die aufständischen Soldaten besetzten die Gerichtsgebäude und plünderten das Ministerium des Innern und die Bureau des Stadtkommandanten. Früh morgens wurden die Gefangnisse gesammelt und alle Gefangenen freigelassen. Der realistische Präsident der Ersten Kammer wurde auf Befehl

Patrouillengefächte im Westen. — Französische Offensive nördlich Monastir.

Amst. 16. März. Großes Hauptquartier, den 16. März 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. Im Ancre-Gebiet, beiderseits der Somme und zwischen Aire und Oise Vorkämpfe, bei denen Gefangene eingebracht wurden.

Auch bei Arras, in den Argonnen, auf dem Oiseufer der Maas bei der Chambrettes Fe und im Walde von Apremont sowie nördlich des Rhein-Marne-Kanals gelang es unseren Stütztruppen, 4 Offiziere, über 50 Mann und einige Maschinengewehre aus den feindlichen Gräben zu holen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei neu einsetzender Frostwetter nicht von Bedeutung.

Mazedonische Front.

Starke französische Kräfte griffen tagüber wiederholt unsere Stellungen nordwestlich und nördlich von Monastir an. Westlich von Rizopol drang der Feind in geringer Breite in den vordersten Graben, im übrigen scheiterten die durch heftige Feuerwellen eingeleiteten Angriffe an der vorzüglichen Haltung der Grabenbesatzung und im wirkungsvollen Abwehrfeuer der Artillerie.

Zwischen Ohrida- und Prespa-See sind ebenfalls nach starkem Feuer erfolgende Vorstöße der Franzosen abgewiesen worden.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Abendbericht.

Amst. 16. März. Berlin, 16. März. Abends. Im Westen und Osten nur vereinzelt lebhaftere Gefechtsaktivität.

Der österreichische Bericht.

Wien, 16. März 1917. (W. T. B.) Amst. wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern Abend fand der Raum von Rosonaviata unter starkem Geschützfeuer. Ein darauf folgender Angriff der Italiener wurde von der Ostfront abgelenkt. Im Karstabschnitt herrschte rege Fliegeraktivität. An der Tiroler Front beschossen weittragende feindliche Geschütze Ares und Villa Lagarina.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Am Ohrida- und Prespa-See Geschützkampf und vereinzelt Feindvorstöße, die vereitelt wurden.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschalleutnant.

des Komitees festgenommen, weil er sich weigerte, die Erste Kammer einzuberufen. Nach den letzten Berichten haben sich die

sozialistischen Mitglieder des Komitees

von diesem losgesagt, weil ihnen dessen Forderungen zu gemäßig waren. Der Ministerrat beschloß Sonntag Abend zurückzutreten und teilte dies dem Zaren mit. Der Zar soll geantwortet haben, daß er den Chef des Generalstabes General

Alexejew zum Diktator ernennen

werde. Einem Gerücht zufolge ist der Eisenbahnverkehr eingestellt, um die Ankunft neuer Truppen zu verhindern. Die freigelassenen Gefangenen haben den Gerichtshof in Brand gesteckt, aber das Feuer ist gelöscht worden.

Als das Dumakomitee auf das erste dringende Telegramm keine Antwort von dem Zaren erhielt, ermächtigte es Rodzianko, eine

letzte Warnung

zu telegraphieren. Auch diese blieb unbeantwortet. Darauf beschloß das Haus nach einer langen Debatte, in deren Verlauf die Führer der Sozialisten ihre vollständige Zustimmung erklärten und ihren Austritt aus der Bewegung zurückzuzogen, eine provisorische Regierung zu bilden. Rodzianko wurde aufgefordert, einer Sitzung des Ministerrates im Mariapalast beizuwohnen. Rodzianko begab sich unter einem Geleit von Dumasoldaten im Panzerauto dorthin. Er fand alle Minister beisammen und teilte ihnen mit, die Duma habe in Uebereinstimmung mit dem Volk beschlossen, eine

provisorische Regierung

zu bilden, da sie kein anderes Mittel sehe, die Ordnung in der Hauptstadt wieder herzustellen, das Land vor Anarchie zu bewahren und Rußland in die Lage zu versetzen, bis zum Siege durchzuhalten. Die meisten Minister schienen bereit, sich zu ergeben und sich mit der Ernennung des Großfürsten Michael zum Regenten zufrieden zu geben. Der Kriegsminister, General Belajew, erklärte jedoch, er könne seinen Soldateneid nicht brechen und er würde den Kampf fortsetzen, bis er andere Befehle vom Zaren erhielt. Nach Rodziankos Rückkehr in das Laurische Palais beschloß die Dumakommission einstimmig, eine provisorische Regierung einzurichten und befristet,

die früheren Minister zu verhaften.

Inzwischen hatten mehr als hundert Offiziere ihre Dienste der Duma angeboten, darunter der Abgeordnete Oberst Engelhardt von der Garde, der jetzt zum Kommandanten von Petersburg ernannt wurde. Später kam eine Abordnung der Offiziere des Preobraschenski-Regiments, um der Duma die Unterwerfung der ganzen Preobraschenski-Garde anzubieten. Somit hatten sich so gut wie alle Gardebataillone und Reservebataillone der Duma angeschlossen. Sonntag Abend begab sich Protopopow nach der Duma, um sich zu übergeben.

General Kozring, der sich weigerte, der Aufforderung der Duma zu folgen und sich in seinem Hause mit dem Revolver vertheidigte, wurde erschossen und seine Leiche in den Hof geworfen. Um drei Uhr ergab sich das Marineministerium. Der Präsekt von Petersburg und alle seine Beamten haben ihren Posten verlassen. Der Präsekt, der Präsident der Ersten Kammer, der Erzbischof Pitirim und Suwerem sind im Damengebäude gefangen gesetzt. Die gesamte Garnison von Petersburg ist zu der provisorischen Regierung übergegangen. Der

englische und der französische Botschafter,

die sich des Morgens zu ihrem regelmäßigen Besuche in das Ministerium des Auswärtigen begaben, wurden bei dem Winterpalast von

dem Publikum erkannt und mit lauten Zurufen begrüßt. Die Brände sind gelöscht. Der Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr ist unter Kontrolle der provisorischen Regierung. Die Wohnung des Grafen Fradario wurde geplündert, die greise Gemahlin des Grafen wurde bewußlos auf dem brennenden Hause getragen; die Tochter wurde von dem betrunkenen Pöbel mißhandelt. (Mebliche Diskreditierung der Revolution. Red. d. W.) Zweihundzwanzig Mitglieder des Reichsrats, darunter Gutschkow und Trubetsoj, richteten gestern ein Telegramm an den Zaren, worin sie die Umstände darlegten, die das Volk zur äußersten Verzweiflung getrieben und den Sturz der Regierung zur Folge gehabt hätten. Die Beibehaltung dieser alten Regierung würde einen vollständigen Umsturz von Gesetz und Recht, die

Niederlage im Kriege

und das Ende der Dynastie bedeuten. Nur ein voller Bruch mit der Vergangenheit, die sofortige Einberufung des Parlaments und die Ernennung von Ministern, die das Vertrauen der Nation genießen und in voller Uebereinstimmung mit der Duma regieren, könne Rettung bringen.

Die Entente zur russischen Revolution.

Vera, 16. März. Zu den jüngsten Vorgängen in Rußland schreibt „Giornale d'Italia“, man müsse vor allem beachten, daß die Männer, die die letzten Ereignisse angestiftet haben, den liberalen Elementen angehören, die immer auf die Notwendigkeit der Fortsetzung des Krieges bis zum Ende der Alliierten bestanden haben. — „Popolo d'Italia“ hat die Riesenüberschrift: „Der revolutionäre russische Sieg gegen die deutschfreundliche Reaktion“. Das Blatt führt unter anderem aus, die russische Aufstandsbewegung könne die Entente nicht beunruhigen, vielmehr in ihrem Glauben, da sie den Beweis erbringe, daß sich das russische Volk bis zum Siege durchschlagen wolle, auch wenn verbunden sei. — Ähnlich äußert sich die übrige italienische Presse.

Genf, 16. März. Die französische Presse hat nunmehr von der Zensur die Erlaubnis erhalten, sich über die Ereignisse in Rußland auszusprechen, und sie macht kein Gehehl daraus, daß die die Petersburger Vorgänge die größte Genugtuung bereiten. Man scheint in Paris die Revolution geradezu erwartet zu haben, und die Zeitungen schwelgen bereits in den verlockendsten Zukunftsbildern. (Frankf. Ztg.)

Schwedens Ansicht.

Kopenhagen, 16. März. Die Stockholmer Presse spricht sich übereinstimmend dahin aus, daß die russische Revolution im Interesse der Entente sei. „Aftonsbladet“ und „Dagligt Allehanda“ erklären, wenn in Rußland wirklich die nationale Sammlung zustande kommen sollte, bestehe die Gefahr, daß der Druck der Entente gegenüber Schweden noch stärker werden würde als bisher.

Die wirtschaftlichen Grundlagen der Revolution.

Nichts kennzeichnet schärfer die politische und wirtschaftspolitische Ahnungslosigkeit in Deutschland, als der zu Kriegsbeginn weit verbreitete Glaube, daß die 1905 niedergeworfene Revolution drohend und schrecklicher wiedererlehen und den deutschen Soldaten den Einmarsch ins kühne Rußland erleichtern werde. Jener Glaube ist seitdem gedämpft, aber noch nicht verschwunden. Als nach 22 Kriegsmo-naten die Nachricht von dem lange und verblichenerwarteten Ausbruch der Revolution eintraf, ging der erste Eindruck Unzähliger dahin, daß die kriegsmüden Schichten die Oberhand gewonnen hätten und ein großer Schritt zum Frieden getan sei.

Die liberalen Revolutionäre von Anno dozimal sind aber glühende Gasser Deutschlands. Russische Fabrikanten und Intellektuelle sehen in dem Deutschen den überlegenen Wettbewerber, der die Verlegenheiten des russisch-japanischen Kriegs und der folgenden revolutionären Zeit zum Abschluß eines für ihn äußerst vorteilhaften Handelsvertrages benützt habe. Wie in Italien und Rumänien, ist die Kriegsstimmung in Rußland getragen von einer Antikapitalistischen Fremdenfeindschaft. Als fremder, ausländischer Kapitalist erscheint der Deutsche schließlich, da Engländer und Amerikaner, Belgier und Franzosen erst in den letzten Jahren neben den Deutschen an die wirtschaftliche Erschließung des östlichen Reichenreiches gegangen sind. Dieser Antikapitalismus ist ein Antifapitalismus besonderer Art: er verpönt den ausländischen Kapitalisten und will Handel und Produktion nationalisieren. So entwickelte sich in Rußland eine Stimmung, die sich am trefflichsten mit der latenten deutschen Abneigung gegen England vergleichen läßt, das Deutschland gegenüber vor dreißig Jahren in einer ähnlichen Lage war, wie es Deutschland gegenüber Rußland vor dem Kriege war. Die Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrags hätte sicherlich erhebliche Schwierigkeiten gemacht. Noch vor dem Kriege setzte in Rußland eine Agitation ein, die sich mit der des Bundes der Landwirte in den neunziger Jahren vergleichen läßt und die kategorisch eine Verbesserung des Handelsvertrags für Rußland erstrebte. Vor erster Erfolge war, daß Rußland zu Getreidevöllen überging, um die durch den Getreideeinfuhrverbot geförderte Roggenausfuhr Deutschlands in West- und Nordrußland einzuschränken. Auch ein Verbot der Sachengängerei aus Rußland nach Deutschland wurde als Druckmittel empfohlen.

Die ehemaligen Revolutionäre hatten eine besondere Abneigung gegen Deutschland, das sie anklagten, dem konterrevolutionären Rußland durch Gewährung großer Anleihen auf die Beine geholfen zu haben. Für sie wurde schließlich die Demokratisierung Deutschlands die Voraussetzung der Demokratisierung Rußlands, genau so wie man in Deutschland den Sturz des absolutistischen zarischen Regiments als Bedingung der demokratischen Entwicklung im eigenen Lande zu betrachten pflegte. In ihrer politischen Abneigung gegen Deutschland begegneten sie sich mit den ihnen auch in anderer Beziehung zum Teil nahestehenden bolschewistischen Elementen, die Deutschlands Orientpolitik mit maßloser Erbitterung bekämpften. Rußland verlangt seit Jahrhunderten den Schlüssel zum eigenen Hause, will sagen, den von anderen militärisch leistungsfähigen Staaten nicht kontrollierten Durchgang durch Bosporus und Dardanellen. Als der russisch-türkische Krieg von 1877 Rußland an das Ziel seiner Wünsche brachte, erhob das damals rußlandfeindliche, in Zürich um die Verbindung mit Indien kämpfende England im Verein mit Oesterreich-Ungarn so energische Einsprüche, daß der europäische Frieden bedroht war. Der Berliner Kongreß wandte diese Gefahren, aber Rußland hatte auf sein Kriegsziel verzichten müssen. Die

781 500 Tonnen im Februar.

Berlin, 17. März. Amtlich. Im Monat Februar sind insgesamt 386 Handelsschiffe mit 781 500 Brutto-Register-Tonnen infolge kriegerischer Maßnahmen der Mittelmächte verloren gegangen; davon sind

292 feindliche Schiffe mit 640 000 Brutto-Register-Tonnen und 76 neutrale Schiffe mit 137 500 Brutto-Register-Tonnen. Von den neutralen Schiffen sind 61 Schiffe durch U-Boote versenkt worden, also 16,5 Prozent des Gesamt-ergebnisses im Februar, gegenüber 29 Prozent neutralen Verlustes im Durchschnitt der letzten vier Monate.

Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg hat also eine recht erhebliche Steigerung des Erfolges gezeitigt. Vergleicht man zunächst die nackten Zahlen der Februarbeute mit denen der vorhergehenden Monate, so ergibt sich beinahe eine Verdoppelung der versenkten Tonnagezahl. Es wurden versenkt im Januar 439 000 Tonnen, im Dezember (1916) 415 000 Tonnen, im November 408 000 Tonnen, im Oktober 393 000 Tonnen. Dabei war gerade in diesen Monaten der Erfolg gegen früher bedeutend angestiegen, von Mai bis August 1916 wurden monatlich kaum mehr als 100 000 Tonnen versenkt. Der Erfolg erscheint noch größer, wenn man allein die Zahlen der versenkten feindlichen Schiffe betrachtet. Im Januar waren es 170 mit 386 000 Tonnen, im Dezember 152 mit 329 000 Tonnen, im November 138 mit 314 000 Tonnen, im Oktober 146 mit 308 000 Tonnen. Hier ist also eine Ver-

doppelung des Erfolges nicht nur annähernd, sondern völlig eingetreten.

Nun aber ist der nackte Zahlenvergleich nicht einmal völlig zureichend. Ganz abgesehen davon, daß der Februar zwei bis drei Tage weniger hat als die übrigen Monate, was immerhin das Resultat um 40 000 bis 60 000 Tonnen vermindert, so ist auch oft hervorgehoben worden, daß der Erfolg des U-Boot-Krieges nicht nur in der Zahl der Versenkungen, sondern auch im Rückgang der Schiffszahl zum Ausdruck kommt. Zweifellos ist im Februar die neutrale Schiffsahrt erheblich zurückgegangen, das zeigt der viel geringer gewordene Prozentsatz versenkter neutraler Schiffe. — Die im Februar versenkten feindlichen Schiffe machen etwa 2 1/2 Prozent der Handelsflotte unserer Gegner aus.

Der Krieg auf den Meeren.

18 Schiffe versenkt.

Berlin, 16. März. Die englischen Dampfer *Sabamora* (5197 B.-R.-T.), *Mamhead* (2836 B.-R.-T.), *Luch Anderson* (1073 B.-R.-T.), der japanische Dampfer *Shinai Maru* (3060 B.-R.-T.), die italienischen Segler *S. Michale* (583 B.-R.-T.), *Adellina* (528 B.-R.-T.), *Apa* (301 B.-R.-T.), *Albino* (187 B.-R.-T.), *Giovanni* (105 B.-R.-T.), *Alana* (210 B.-R.-T.), *Salvatore* (129 B.-R.-T.), sowie die kleineren italienischen Segler *Giupina Madra*, *Elisabetha Concettina* und *Cinopalmis*, ferner der portugiesische Segler *Guadina* (326 B.-R.-T.), die englischen Fischdampfer *Bucana* (219 B.-R.-T.), *Ravanah* (107 B.-R.-T.) sowie *Dy* (239 B.-R.-T.) wurden durch U-Boote versenkt.

Rotterdam, 15. März. Der norwegische Dampfer „Stabanger“, dessen Beladung in Helsebootslauf gelandet wurde, ist gestern nachmittag, ungefähr 40 Meilen von der holländischen Küste entfernt, von einem deutschen U-Boot mit Bomben zum Sinken gebracht worden.

Schwer zu verdienendes Geld.

„Journal des Débats“ meldet: Die französische Regierung fordert einen Kredit von zwei Millionen für Prämien bei Rauberei oder rechtmäßig festgestellter Verhörung deutscher U-Boote.

Holland kennt nach wie vor keine „bewaffneten Handelsschiffe“.

London, 15. März. (Neuermeldung.) Unterhaus. Hunt (Unionist) fragte, ob die niederländische Regierung sich weigere, einem britischen Handelsschiff die Benutzung holländischer Häfen in der gewöhnlichen Weise zu gestatten, wenn das Schiff mit einem Geschütz gegen U-Boots-Angriffe bewaffnet sei. Lord Robert Cecil antwortete bejahend und fügte hinzu, daß die britische Regierung mit der niederländischen über den Gegenstand verhandelt.

Amsterdam, 15. März. Der „Schlesischen Zeitung“ wird telegraphiert: Angesichts der vom Präsidenten Wilson angeordneten Bewaffnung der amerikanischen Handelsschiffe hat die niederländische Regierung in Washington wissen lassen, daß derartige Schiffe holländische Häfen nicht anlaufen dürften, widrigenfalls sie der sofortigen Beschlagnahme verfallen würden.

Haag, 16. März. Halbamtlich verlautet, daß das Verbot des Ausfahrens der holländischen Getreideschiffe aufgehoben worden ist.

Das Kriegsübel: Zensur!

Fern, 16. März. In der gestrigen französischen Kammer Sitzung interpellierte der Sozialist Compère-Morel über die Toleranz der Regierung gegenüber der Zensur bei Presseangriffen gegen das Parlament. Morel wollte einen Artikel des „Figaro“ von gestern früh zitieren, in dem erklärt wird, Spautey habe es dem Parlament gegenüber nicht an der nötigen Achtung fehlen lassen. Briand erwiderte hierauf, es sei unnötig, die Debatte hierüber zu eröffnen. Der „Figaro“ sei beschlagnahmt worden, weil er die Anweisungen der Zensur nicht beachtet habe. Compère-Morel behauptete darauf, die Zensur sei gegenüber den Blättern der äußersten Linken, die die Regierung systematisch bekämpfe, äußerst streng, während alle Angriffe gegen das Parlament unbeanstandet veröffentlicht werden dürften.

Die Kammer ging sodann zur Beratung eines Gesetzentwurfes Mourier über, der festlegt, daß aktive und Reserveoffiziere, Unteroffiziere und Soldaten in die Kampfeinheiten eingereiht werden sollen. Mourier betonte, daß nur wirkliche Spezialisten für die Kriegswerkstätten zurückgestellt werden sollen.

Ehoner Blättern zufolge stand die ganze Sitzung im Zeichen großer Erregung, besonders auf der äußersten Linken. Vor der Sitzung hatte Briand lange Vesperechnungen im Sitzungssaal mit zahlreichen Abgeordneten aller Parteien.

Verkappte englische Kriegsmarine.

Die Mannschaften der im Kriegsdienst stehenden englischen Handelsflotte (etwa 63 Proz. ihres Gesamtbestandes) tragen bestimmte Abzeichen, die die Uniform zu vertreten haben. In der Anweisung über den Gebrauch dieser Abzeichen, die von einem deutschen U-Boote einem englischen Dampfer abgenommen wurde, finden sich nun, wie W. L. W. mitteilt, folgende Stelle:

„Die Abzeichen dürfen nicht getragen werden, wenn das Schiff in neutrale Gewässer oder Häfen gelangt und der Kapitän muß sie dann einsammeln und verwahrt halten, bis das Schiff wieder fährt.“

Diese Handelskriegsschiffe führen demnach ein amphibisches Dasein. In Neutralität sind sie Handels-, auf offener See aber Kriegsschiffe.

Die Bagdadbahn.

Konstantinopel, 16. März. Der Senat genehmigte das mit der Bagdadbahn-Gesellschaft abgeschlossene Abkommen über den Bau der Taurus- und Amanus-Strecke der Bagdadbahn. Im Verlaufe der Erörterungen des Budgets des Vizepräsidenten nahm die Kammer einen Antrag des Abgeordneten von Diabefir an, wonach die Regierung ermächtigt wird, einen Zusatzkredit von 1 Million Pfund für den Bau einer Zweiglinie der Bagdadbahn von Mas-U-Min nach Diabefir aufzunehmen. Der Finanzminister erklärte sich mit diesem Antrag einverstanden, fügte jedoch hinzu, er betrachte den Antrag für die Kriegsbauer als undurchführbar, da das Kriegsministerium anderen Zweiglinien den Vorrang gegeben habe.

Politische Uebersicht.

Der Kampf um Bethmann.

Die führende konservative Presse ist vorzüglich genug, der Reichskanzlerrede vom 14. März gegenüber „staatsmännische Zurückhaltung“ zu bewahren. Was sich in ihren Spalten nur gepreßt und gedämpft äußert, das sprudelt aber an anderer Stelle desto unbändiger hervor. So schreibt zu dieser Rede die schwerindustrielle „Unabhängige Nationalkorrespondenz“:

Diese durchweg vom Geist des Radikalismus erfüllte, im übrigen mehr philanthropische, als staatsmännische Rede konnte nur von jemand gehalten werden, der entschlossen ist, bis ans Ende zu gehen; selbst wenn dabei mehr draufgeht, als nur geschnittene Lafelstücke. Wenn Herr von Bethmann die Stunde für geeignet hält, den voraussetzlichen Segnern seines radikalen Reformprogramms mit „inneren Erschütterungen“ zu drohen, deren Tragweite kein Mensch übersehen könne, so klingt das sehr wie die Ankündigung eines „Acheronta movebo!“ („Ich werde die Unterwelt in Bewegung setzen!“); ein so unbedingtes und reflexlos Bekanntnis zur äußersten Platte, daß eine monarchische (ihrem innersten Wesen nach über den Parteien stehende) Regierung einen verhängnisvolleren Weg nicht beschreiten kann. . . .

Etwas mehr piano spielt die „Deutsche Tageszeitung“ dieselbe Weise:

Darüber kann doch kein Zweifel bestehen, daß eine Reorientierung unserer inneren Politik die unschätzbaren Werte, die Freiheit und Deutschland zur Größe geführt haben: die starke Krone, das monarchische Meer, die starke Staatsgewalt, die gesunde Gliederung des politischen Volkskörpers, nicht durch Demokratisierung untergraben werden darf, sondern höchstens noch fester zu fundieren suchen muß.

Das „Berl. Tagebl.“ ist in der Lage, das Erscheinen eines in Berlin gedruckten anonymen Buches von dreißig Bogen Umfang anzukündigen, das die von Junius altor gegen den Reichskanzler erhobenen Anschuldigungen wiederholt und verschärft.

In interessantem Gegensatz zu diesem Treiben steht die Haltung des Freiherrn v. Hedlich in der „Post“, der die Rede des Kanzlers recht sympathisch aufnimmt. Der frei-konservative Führer bleibt bei seiner Politik, sich nicht ausschalten zu lassen und — den Bremser zu spielen.

Wo stehen die Massen?

Wir haben als Kennzeichen der Wahl in Potsdam-Spandau schon das erdrückende Uebergehohe der Arbeiterstimmen für Genossen Stahl — bei im allgemeinen geringer Wahlbeteiligung — hervorgehoben. Unser Urteil wird durch die folgende Statistik bestätigt, die die sechs reinsten Arbeiterviertel von Spandau umfaßt:

Wahlbezirk	Wahlberechtigte	Darvon Arbeiter	Für Stahl	Für Reform
1. (Altstadt)	660	494	181	85
8. (Neustadt)	706	506	276	86
16.	703	685	229	98
25. (Seefeld-Str.)	658	576	181	71
28. (Wilhelmstraße)	571	487	167	63
29. (Hafelhorst)	403	322	211	41

Das heißt, ein sehr großer Teil der Arbeiter wurde durch den widerwärtigen Wahlkampf einfach in den Indifferentismus zurückgeschoben, ein anderer sehr großer Teil hielt trotz aller Widrigkeit zur Fahne der Sozialdemokratischen Partei, und ein kleines Häuflein schwankte zu Spartakus ab: 33 von 481, also ein Achtel, 86 von 503, ein Sechstel usw. Sind das „die Massen“?

Das Ergebnis ist so klar, daß selbst die „Leipziger Volkszeitung“ — in hypothetischer Form — von einer „bedenklichen Niederlage“ und von einem „schlechten Ergebnis“ spricht. Aber sie will sich nicht entmutigen lassen. Das sinnlose Treiben wird also fortgesetzt werden, bis der „Massenrekord“ 0,0 ergibt!

Ueberflüssig. Der bekannte Herrenhausredner Graf Nord von Wartenburg ist aus der Verwaltung von Suwalki ausgeschieden, nachdem seine Tätigkeit dort überflüssig geworden ist. Der Graf vertritt, daß er seine Kräfte nunmehr ausschließlich seiner Heimat widmen werde. Das ist recht! Offenlich läßt er bald wieder was von sich hören!

Letzte Nachrichten.

Ein Ultimatum an den Zaren.

Kopenhagen, 16. März. Ueber Stockholm wird gemeldet, daß die Revolutionäre dem Zaren das Ultimatum stellten, sofort ein Manifest zu unterschreiben, das den neuen politischen Zustand rückhaltlos anerkennt.

Die finnische Garnison für die Revolution.

Protapapow ermordet?

Kopenhagen, 16. März. Die gestern in Schweden eingetroffenen Reisenden berichten, daß die in Finnland befindlichen russischen Truppen sich sicher der Revolution anschließen würden. Als die alle Regierungstruppen aus Finnland nach Petersburg habe überführen wollen, hätten sie sich geweigert, dem Befehl nachzukommen. In Helsinki sei der Belagerungszustand erklärt worden. Es werde nun bestätigt, daß Protapapow ermordet worden sei.

England jubelt!

Amsterdam, 16. März. „Handelsblat“ meldet aus London: Die britische Presse begrüßt eifrig den Triumph der Duma und des russischen Volkes über die dunklen Mächte der Reaktion und Bureaucratie. Man glaubt, daß die Wirkung auf die Kriegsführung eine gute sein wird.

Flugzeugangriff auf England.

London, 16. März. Reuter, Amtlich. Heute früh 5.30 Uhr warf ein feindliches Flugzeug Bomben auf Westgate ab. Niemand wurde verwundet, der Sachschaden ist sehr gering.

Panslawisten wurden nicht müde, Bismarck darum anzuhagen und verstanden es, die eiternde Wunde stets offen zu halten und das Nationalgefühl aufzupeitschen. Damals tauchte das berühmte Skobelevsche Wort auf, daß der Weg nach Konstantinopel über Berlin führe. Als dann Deutschland an die systematische Befestigung der Türkei ging, dort Bahnen erwarb und baute und schließlich eine Militärmission nach Konstantinopel schickte, erschien Deutschland als der Feind Rußlands schlechthin.

Das sind die Voraussetzungen und bewegenden Motive des Deutidenhasses des russischen Bürgertums, der russischen Intelligenz und der Duma. Dieser Haß hat im Augenblicke triumphiert. Aber wird dieser Triumph auch von dauerndem Bestande sein?

Keine Revolution kann ohne Desorganisation der Machtinstrumente des Staates, also der Verwaltung und des Heeres, verlaufen. Auch diese Revolution konnte es nicht, die so fabelhaft rasch und gründlich mit dem alten Regime ausgeräumt hat. Die Soldaten und Arbeiter, die die neue Regierung aus der Taufe gehoben haben, wissen nichts von Handelsverträgen, von Konstantinopel, von Anleihen und der deutschen Militärmission in der Türkei. Ihnen steht eine Realität vor Augen: der Hunger! Wird die neue Regierung den Hunger bannen können?

Auch daß Rußland hungert, ist eine große Ueberraschung geworden. Und es sollte doch eigentlich nicht wunder nehmen. Rußland konnte nur deshalb soviel Getreide ausführen, weil der Bauer ständig unterernährt war. Steuern und Bodenerwerb waren die Mittel, den Dörfner zum Verkauf der Getreidetracht zu bringen, die Bestenuroda ernähren half. Nun ist in Rußland die Abstimmung eingeführt, die Preise sind gestiegen, die Erlöse der landwirtschaftlichen Bevölkerung aus ihren Produkten sind größer — was Wunder, daß der russische Bauer selbst das Getreide, das er erntet, verbraucht. Auch sind die Erträge zurückgegangen. Dazu die Schwierigkeiten des Verkehrswezens und der Verwaltung. Die russischen Eisenbahnen hatten schon vor dem Kriege auf dem Gleisfilometer weniger Betriebsmittel als die deutschen. Deutschland hat ungemein leistungsfähige Wagen- und Lokomotivfabriken, seine Heere haben viele laufende feindlicher Waggons erbeutet. Alles das fehlt Rußland. Dazu sind die Entfernungen ungleich größer. Man denke an die Verkehrsschwierigkeiten dieses Winters und stelle sich vor, daß Oberasien oder Rheinland-Besitzungen soweit von Berlin entfernt lägen wie Budapest. Das entspricht ungefähr der Entfernung des Don-Soneg-Rebiers von St. Petersburg. Viele technischen und geographischen Schwierigkeiten sind deshalb noch empfindlicher, weil die Verwaltung, wie männiglich bekannt, nicht so gut funktioniert, wie hierzulande und die Verteilung ein schier unaussprechliches Übel ist. Auf die Beschaffung der Lebensmittel wirkte weiter der Umstand, daß weder die ministeriellen Ressorts gegeneinander gut abgegrenzt sind — nicht selten haben die Verordnungen des einen Ministers die des anderen auf —, noch daß die russische Verwaltung eine brauchbare unterste Verwaltungsinstanz hat. Man denke nur an den preussischen Landrat, der ebenfalls nicht reines Staatsorgan ist und der im Kriege lange nicht den Beifall aller Kritiker gefunden hat. In Rußland ist aber das Wirkungsgebiet der untersten Verwaltungsinstanz mindestens so groß, wie ein deutscher Regierungsbezirk. Was darunter ist, beruht auf Selbstverwaltung. Nicht mit Unrecht hat man daher von Rußland gesagt, daß dieses Land des unbeschränkten Absolutismus zugleich auch das Land der größten Selbstverwaltung ist. Aber der Selbstverwaltung an der unrichtigen Stelle! Es fehlt einfach an dem staatlichen Organ, welches Dörfer und Dorfverbände zur Erfüllung der vorgeschriebenen Lebensmittelablieferungen zwingen könnte.

Alle diese Widerstände lassen sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Wenn die neue Regierung aber nicht das Unmögliche möglich machen kann, wird sie dann nicht enttäuscht werden? Werden nicht Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht übermächtig werden? Die neue russische Regierung wird den heiligen Krieg Rußlands ausrufen, den revolutionären Krieg und die aus dem Boden gestampften Massen Carnots haben bewiesen, was revolutionäre Heere leiden und dulden können. Aber am Ende haben nicht diese revolutionären Heere gesiegt, sondern der ordnende militärische Absolutismus Napoleons. Aber kann dem russischen Reich ein Napoleon entstehen, wo die Größenverhältnisse so verschieden sind und nicht mehr die Verpflegung von einigen Tausend Soldaten, sondern von Millionen Soldaten und Städten das Problem des Tages ist?

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Jahresbericht des Handlungsgehilfenverbandes.

Am Donnerstag nahm die Ortsgruppe Berlin genannten Verbandes in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung den Jahresbericht entgegen. Am Beginn des Jahres 1916 war ein Kassenbestand von 2008 M. vorhanden. Einschließlich dieses Bestandes betrug die Jahreseinnahme 53 108 M. Nach Verrechnung der gesamten Ausgabe verblieb am Jahresabschluss ein Bestand von 4484 M. — Männliche Mitglieder waren am Jahresbeginn 2259 und am Jahresabschluss 2112 vorhanden. Dagegen stieg die Zahl der weiblichen Mitglieder von 1540 auf 1815. Daraus ergibt sich, daß die Gesamtzahl der Mitglieder im Laufe des Jahres von 3799 auf 3927 stieg. — Die Jugendabteilung hatte Anfang des Jahres 378 und am Jahresabschluss 289 Mitglieder. — Die zum Militär eingezogenen Kollegen sind mitgerechnet.

Schmidt machte zu dem Kassenbericht und auch zu den speziellen Zahlen des vierten Quartals, die er noch mitteilte, eine Reihe ergänzender Bemerkungen. Bei der Klassenverteilung der Mitgliedsbeiträge ergab sich eine Verschiebung nach oben, ein Beweis dafür, daß es einer Anzahl Kollegen gelungen ist, eine Aufbesserung der Gehälter zu erzielen. Die Unterhaltungsstämme für Beschäftigungslosse war gering, da die Arbeitslosigkeit eine sehr mäßige war. Es waren nie weniger Arbeitslosse vorhanden als jetzt. Für bestimmte Stellen werden die Kollegen mit der Laterne gesucht. — Die Jugendbewegung frunkte daran, daß die Jugendlichen möglichst jeder Leistung entbehren möchten. Die Verwaltung nimmt sich der Jugendlichen in jeder Beziehung an.

Eichner berichtete eingehend über die Tätigkeit der Ortsgruppe im Jahre 1916. In das Jahr fiel die Bewegung für Feuerungszulagen, namentlich in einer Reihe größerer Betriebe. Die U.S.G., die Firma Vergemann und die Firma Siemens gewährten Feuerungszulagen. Natürlich hieß es, man habe sie „freiwillig“ gewährt, wie das bei den großen Betrieben, die nicht mit den Organisationen verhandeln wollen, so üblich ist. Ebenso war es bei der Samag, die später auch eine Feuerungszulage zahlte. Feuerungszulagen wurden auch erzielt bei Stiller, bei der U.S.G., bei der Konsumgenossenschaft Berlin und bei der Spandauer Konsumgenossenschaft Merkur. — Unmöglich war es, bestimmte Angaben über Entlassungen infolge der Bundesratsverordnung über die Weib- und Weibwaren zu erlangen. Infolgedessen konnte auch nichts in der Richtung geschehen, obwohl tatsächlich Entlassungen vorgekommen sind. — Eingaben wegen Einführung des Siebennuhr-Ledenschlusses hatten ablehnende Bescheide der Behörden zur Folge. Aber kurze Zeit darauf kam der Siebennuhr-Ledenschluss als Kriegsmaßnahme. Er wurde also möglich. Jetzt ist eine Bewegung eingeleitet, um den Siebennuhr-Ledenschluss mit Einschluß der Lebensmittelschlüsse auch für die Zeit nach dem Kriege durchzuführen. Eine große Anzahl Unterschriften sind schon gesammelt, auch von Arbeitgebern. Die begonnene Agitation für die Gewinnung weiblicher Mitglieder muß weiter gefördert werden. Der Jugendorganisation ist ebenfalls größere Aufmerksamkeit zu widmen. — Unter anderem verwies Eichner noch darauf, daß der Bezirk Berlin mit der jetzigen Haltung der Handlungsgehilfenzeitung einverstanden sei. Ferner erklärte er, daß er es eigenartig finde, daß der J.N.-Verlag mit dem Bureau angelegentlichsten Verband einen Tarif abgeschlossen habe, während entsprechende Verhandlungen seitens des Verbandes der Handlungsgehilfen mit dem Genossen Baumeister eingeleitet gewesen seien. Eine Beschwerde sei von der Generalkommission verworfen worden, weil der J.N.-Verlag keine Handelsgesellschaft, sondern ein literarisches Bureau sei. Der Hauptvorstand des Verbandes der Handlungsgehilfen sei mit dem Bescheid nicht einverstanden und sei noch einmal bei der Generalkommission vorfällig geworden. Zum Schluss erwähnte Eichner zum einzigen Zusammenhang und zu reger Förderung der Organisation.

Die bisherige Ortsverwaltung wurde wiedergewählt, abgesehen von den freigeordneten Posten des zweiten Bevollmächtigten, des zweiten Schriftführers und eines Mitgliedes zur Gewerkschaftskommission. Diese drei Wahlen wurden verlagert.

Aus dem Kriegsausschuß für Groß-Berlin.

10 Motorisierer der Firma R. A. G. forderten eine Stundenlohnsteigerung um 30 Pf.; der Lohn beträgt 1,30—1,60 M. Der Kriegsausschuß spricht den Schloßern eine Erhöhung ihres Verdienstes um 10 Pf. zu. Wenn die Firma das nicht zahlen will, haben sämtliche Schloßer Anspruch auf den Schein. Außerdem soll die Firma einem Schloßer, dessen Familie in Hamburg wohnt und der dort auch früher beschäftigt war, für den doppelten Gehalt eine besondere Familienunterstützung von täglich 2 M. gewähren.

18 Werkzeugmacher der Firma D. T. B., die einen Stundenverdienst von 1,40 bis 1,70 M. haben, hatten 20 Pf. Erhöhung gefordert. Die Firma hatte 10 Pf. gleich und nach acht Wochen weitere 10 Pf. bewilligt. Damit waren die Arbeiter nicht einverstanden und riefen den Kriegsausschuß als Schlichtungsstelle an. Der Kriegsausschuß macht den Parteien den Vorschlag, die zweite Steigerung von 10 Pf. bereits am 5. April eintreten zu lassen, womit sich die Parteien einverstanden erklärten.

11 Schloßer der Firma E. Seefraße, haben einen Stundenverdienst von 1,60 M. Mehr will die Firma nicht geben. Die letzte Zulage ist vor Weihnachten erfolgt. Es handelt sich um selbständige Schloßer. Die Entscheidung des Kriegsausschusses geht dahin, die Schloßer erhalten 10 Pf. Zulage oder haben Anspruch auf den Schein.

13 Elektromonteur und Maschinenbauarbeiter der Firma J. B. W. für Untergrundbahn, haben einen Verdienst von 95 Pf. Der Firma wird erklärt, daß dieser Lohnsatz den heutigen Verhältnissen nicht entspricht und entscheidet der Kriegsausschuß, daß die Schloßer 1,20 M. und im Weigerungsfalle den Kriegsschein zu erhalten haben.

30 Maler, Lackierer und Anstreicher der Firma W., Althofstraße, haben einen Durchschnittsverdienst von 1,06 M. und zwar die Maler und Lackierer 1,11 M. und die Anstreicher 0,93 M. Sie fordern eine Erhöhung um 30 Proz. Der Kriegsausschuß entscheidet, daß die Arbeiter eine sofortige Erhöhung um 10 Pf. erhalten, wenn die Firma diese Zulage nicht gewähren will, haben die Arbeiter Anspruch auf den Kriegsschein.

Der Tischler W. von der Firma B. u. G. hat einen Stundenlohn von 1,25 Mark. Nach Ansicht des Kriegsausschusses ist dieser Verdienst verbesserungsbedürftig, und wird der Firma aufgegeben, 10 Pf. Zulage zu gewähren. Die Firma lehnt dies ab, und wird deshalb dem Tischler der Ablehnung mitgeteilt.

78 Formner der Firma R. L. u. Co., Guttenstraße, die einen Durchschnittsverdienst von 1,99 M. pro Stunde hatten, fordern 20 Pf. Zulage. Die Firma erklärt, weitere Zulagen nicht zu gewähren, ist aber bereit, allen Formnern den Ablehnungsschein auszustellen. Damit wird die Angelegenheit als erledigt angesehen.

Der Dreher K. von der Firma D. u. R. ist in Stuttgart beheimatet und möchte den Ablehnungsschein, um in Stuttgart in Beschäftigung treten zu können. Die Firma ist bereit, den Ablehnungsschein zu geben, wenn K. nachweist, daß er in Stuttgart Arbeit hat.

Der Schloßer K. von der gleichen Firma möchte den Ablehnungsschein, um ebenfalls in seiner Heimat außerhalb Berlins in Beschäftigung treten zu können, da er dann nicht nötig hat, zwei Haushalte zu führen. Es erfolgt eine Verhandlung auf der Grundlage, daß K. als Familienunterstützung wöchentlich 12 M. Zulage erhält.

Der Schloßer K. von der gleichen Firma ist körperlich außerstande, schwerere Arbeit zu machen. K. erhält leichte Arbeit oder den Ablehnungsschein.

Der Hobler S. von der Firma D. u. R. in R. ist Kriegsbeschädigter und laut Attest noch leidend. S. erhält, um sich leichtere Arbeit suchen zu können, den Ablehnungsschein.

Von der Firma S. erhebt eine Kommission namens des gesamten Betriebes, der ca. 3000 Personen beschäftigt, um für die Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes über Lohnsteigerung zu verhandeln. Die Firma erklärt sich bereit, für die Frauen Erhöhungen der Existenzlöhne und auch Erhöhung der Akkordpreise eintreten zu lassen. Für einen Teil der männlichen Arbeiter waren bereits vorher Verdiensterhöhungen zugelegt worden. Auch für die übrigen männlichen Arbeiter ist die Firma bereit, Aufbesserungen eintreten zu lassen, doch sollen die Einzelheiten hierüber im Betrieb verhandelt werden. Sollte da eine Verständigung nicht zu erzielen sein, wird der Kriegsausschuß nochmals darüber verhandeln.

Eine Gruppe von Arbeitern der Firma S. will eine Entschädigung dafür, daß sie ziele fünf Wochen eine Verdienstminderung hatten wegen Verzögerung von Materiallieferungen. Nach längerer Verhandlung wird die Sache, nachdem der Vertreter der Firma sich dem Grunde nach zu einer Entschädigung bereit erklärt hat, zur endgültigen Regelung an den Betrieb zurückverwiesen.

Eine besondere Sache war die Angelegenheit des Einrichters L. in einem Werk der U. S. G. Der Einrichter hatte vor einiger Zeit den Auftrag bekommen, Frauen zum Einrichten von Werkzeugmaschinen anzulernen. Der Einrichter war hierzu auch bereit, doch verlangte er für die größere Verantwortung, die er durch diese neue Aufgabe zu tragen hatte, eine Lohnsteigerung. Diese wurde ihm von seinem Vorgesetzten abgelehnt. Hierüber muß es wohl eine kleine Auseinandersetzung gegeben haben, in deren Verlauf dem Einrichter die Entlassung angeboten wurde. Als der Einrichter nun die angebotene Entlassung annahm und seinen Abtritt erklärte, wurde ihm der Abtritt verweigert. Bei den Verhandlungen hierüber vor dem Kriegsausschuß behauptete der Vertreter der Firma, daß ihm mitgeteilt wäre, es hätten die männlichen Metallarbeiter beschlossen, keine Frauen anzulernen. Deshalb weigert sich die Firma, dem Einrichter einen Ablehnungsschein zu geben. Nachwels begründeten Nachweis, daß ein solcher Beschluß wirklich besteht, konnte der Vertreter der Firma nicht bringen. Der Einrichter bestritt auch ganz entschieden, daß ein solcher Beschluß besteht. Da im übrigen die Erklärung des Einrichters vom Vertreter der Firma nicht bestritten wurde, beschloß der Kriegsausschuß, daß dem Einrichter der Ablehnungsschein ausgestellt wird.

Die Friseurgehilfen nahmen in ihrer letzten Versammlung Stellung zur Erhöhung des Haierpreises von 20 auf 25 Pf., die auch auf die noch niedrigeren Preise fünf Pf. ausmacht. Obwohl die Preissteigerung für die Gehilfen eine Verminderung ihres Einkommens bedeutet durch Ausfall von Trinkgelbern, sieht die Gehilfenorganisation von bestimmten Lohnforderungen für ihre Mitglieder in fester Stellung ab. Bei dem jetzigen Ueberangebot an festen Stellen überläßt sie die Lohnbemessung der freien Vereinbarung. Für die Ausbildearbeiten dagegen ist eine bestimmte Regelung unerlässlich, und zwar schon aus dem Grunde, damit nicht von unorganisierten Gehilfen, die durch den Arbeitsnachweis des Verbandes mit vermittelt werden müssen, die augenblickliche Verlegenheit um eine Arbeitskraft des Sonnabends und Sonntags zu willkürlichen und unberechtigten Forderungen mißbraucht werden kann. Der Zuschilfeloohn für Sonnabend und Sonntag (von Sonnabend nachmittags 2 Uhr ab) wurde von 10 auf 12 Mark erhöht und dementsprechende Zuschläge auch bei den übrigen Lohnpositionen für Ausbilde festgesetzt. Sollte die Erhöhung der Zuschilfeloöhne die Ausbildeangebote vermindern, so ist dies schon insofern kein Nachteil für die Organisation, als sie dann eher in der Lage ist, für die von ihrem Arbeitsnachweis vermittelten Kräfte eine gewisse Gewähr zu übernehmen. Außerdem veranlaßte die bisherigen Lohnsätze für Ausbilde gerade die tüchtigeren Arbeiter unter den unorganisierten Gehilfen sich den Stellen zuzuwenden, die höhere Lohnangebote machten. Die neuen Lohnsätze für Ausbilde gelten ab 31. März.

Ausland.

Trohender Eisenbahnerstreik in Amerika.

New York, 18. März. (Reuter.) Die Eisenbahnerverbände haben den Eisenbahnen bekannt gegeben, daß sie unwiderruflich am Sonnabend in den Ausstand treten werden, falls ihnen nicht der Achtstundentag und entsprechende Bezahlung für Ueberzeit gewährt wird. Dem Vernehmen nach beabsichtigt Wilson einzugreifen und von beiden Seiten Zugeständnisse zu verlangen.

Aus der Partei.

Anton Schrammel gestorben. Im Alter von 63 Jahren starb in Wien Genosse Anton Schrammel. Sein Tod bedeutet für den Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie und die Reichsgewerkschaftskommission, deren Mitglied er war, einen schweren Verlust. Schrammel war von Beruf Drechsler. 1890 übernahm er die Redaktion des Drechsler-Jahrbuchs, 1895 trat er in die Redaktion der „Gleichheit“ in Wiener-Neustadt und 1898 in die des „Volksrecht“ in Lauff. Eine in Bozen gehaltene Rede brachte ihm sechs Monate schweren Kerkers. 1897 fanden ihn die Wähler der fünften Kurie des Leitmeritzer Wahlkreises in den Reichsrat, 1903 unterlag er dem bürgerlichen Gegner, 1907 übertrugen ihm aber unter dem allgemeinen Wahlrecht die Wähler des Lauffiger Kreises das Mandat, das bei den letzten Wahlen leider wieder verloren ging. Schrammel, der sich wegen seines Fleißes und seiner Eingabe an die Sache des Proletariats in der österreichischen Partei allgemeiner Beliebtheit erfreute, war auch mehrfach auf deutschen Parteitagungen zu Gast.

Das Dreiklassenwahlrecht als Trost der Liebknechtstreuer. Unter dieser Ueberschrift widmet die „Voss. Ztg.“ der „Arbeitsgemeinschaft“ folgende nicht unbeneidete Spottparabel: „Nach der Niederlage in Potsdam-Spandau-Dshabelland bleibt der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eine Hoffnung: die bevorstehende Landtagswahl in Berlin XI. Die Wahl wird man unter dem Dreiklassenwahlrecht. Infolgedessen sind die Wahlmänner, die 1913 Liebknecht gewählt haben, wieder zur Ausübung ihres Amtes berufen, soweit sie nicht verstorben sind. Und daß für die Verstorbenen und Verzogenen viele Kandidate gewählt sind, kann nicht Wunder nehmen — bei der öffentlichen Stimmgabe herrscht nun einmal der Terror der Extremen. So hat das Reichstagswahlrecht, das jedem Wähler die freie Ausübung seiner Ueberzeugung erlaubt, dem gemäßigten Sozialdemokraten zu dem Liebknechtischen Stimmverhalten, während im Abgeordnetenhaus keine Nachfolge dem radikalen Kreditverweigerer Redding zufallen dürfte als eigenem Frucht des realistischen aller Wahlrechte. Wer kann hierauf mehr stolz sein — die Freunde Reddings oder die Freunde des Dreiklassenwahlrechts?“

Genosse Ernst Heilmann verläßt in den nächsten Wochen die Redaktion der Chemnitzer „Volksstimme“, um die Leitung der „Internationalen Korrespondenz“ in Berlin zu übernehmen.

Vom Streit der Gruppchen.

Nach der Bremer „Arbeiterpolitik“, dem Organ der Bremer Sportascheute, ist eine Verständigung der linksradikalen Gruppen von Hamburg, Bremen, Hannover und Rostock auf folgender Grundlage erfolgt: Trennung von der „Arbeitsgemeinschaft“; Gründung einer selbständigen linksradikalen Partei; geschlossenes Auftreten der linksradikalen Vertreter auf der Konferenz der Oppositionsgruppen; Gründung einer linksradikalen Tageszeitung für Norddeutschland.

Es gibt also drei neue Parteien in der deutschen Arbeiterbewegung: 1. die Vorzüge der „Arbeitsgemeinschaft“, 2. die selbständige linksradikale Partei und 3. die allradikale Partei „Internationale“. Letztere ist so radikal, daß sie schon wieder für

den unbefruchteten U-Boot-Krieg Schwärze, denn die Extreme befruchten sich.

Das ist ein Durcheinander, in dem sich, deutlich gesprochen, kein Schwein mehr auskennt. Fraglich ist nur, wie lange sich die Arbeiter diesen Gruppchengründungs-Schwärze gefallen lassen werden!

Sozialistischer Wahlsieg in Dänemark.

Bei den Gemeindevahlen in Dänemark erzielten die Sozialdemokraten erhebliche Fortschritte. In Kopenhagen wurde die Mehrheit der Stimmen erobert: 7000 Stimmen und drei Mandate wurden gewonnen. Von 55 Mandaten sind 30 in den Händen der Sozialdemokratie. Die Herrschaft im Rathaus der Hauptstadt ist gesichert und befestigt. Auch in zahlreichen Provinzstädten und auf dem Lande wurde vielfach die Majorität der Stimmen und Mandate gewonnen, so in Randers und Vejle. Fast überall ist unsere Stimmzahl stark gestiegen, während die der bürgerlichen Parteien vielfach zurückgegangen ist.

Leipziger Verlegenheit und Verzogenheit. Man schreibt uns: Die „Leipz. Volksz.“ ist wegen des guten Ergebnisses der Wahl in Spandau-Dshabelland für die Sozialdemokratie in großer Verlegenheit. Sie sucht deshalb unsern Wahlerfolg mit allen Mitteln herabzusetzen. So schreibt sie in ihrer Nr. 62, daß selbst der Reichsverband zur Selbstopfänger der Sozialdemokratie seine Anhänger aufgefordert habe, für Stahl zu stimmen und zu werben. Das ist eine fetter Entz. Im Wahlkreis nach dem davon nicht. In der Wahlkreispreise stand eine solche Aufforderung bestimmt nicht. Wie groß muß der Schmerz der „Leipz. Volksz.“ über den Ausfall der Wahl sein, wenn sie zu solchen Mitteln greifen muß, um ihn zu betäuben!

Aus Industrie und Handel.

Ein Aufgebot des Kapitals.

Zur Stützung der deutschen Währung muß Deutschland im Ausland Guthaben erwerben, aus denen es seinen und seiner Kaufleute Verpflichtungen nachkommen kann, ohne die Rücklage nach ausländischen Zahlungsmitteln zu vermindern. Solche Guthaben werden erworben durch rege Ausfuertätigkeit und durch Aufnahme von Anleihen im Ausland. Um nun Anleihen leichter auszuheben, wird die deutsche Regierung die in deutschem Besitz befindlichen, durch eine eigene Erhebung festgestellten Wertpapiere von den Eigentümern auf drei Jahre leihen und diesen dafür mindestens ein Fünftel der auf die Papiere entfallenden Zinsen und Dividenden vergüten. Hat der ausländische Schuldner keine Zahlungen eingestellt, so beträgt die Verzinsung ein Prozent des Nennwertes. Diese Werte können zwar verfallen werden, aber nur an und durch das Reich. Da alle ausländischen Wertpapiere, die auch oder nur auf fremde Währung lauten, sehr stark im Kurse gestiegen sind und diese Kurssteigerung nur solange und in dem Maß vorhält, als die deutsche Währung entwertet ist, so folgt, daß die Papiere wahrscheinlich zum Friedensschluß dem Reich von selbst zum Kauf angeboten werden dürften, wenn sich mit Wiedereintritt normaler Verhältnisse die Aussicht auf wenigstens teilweise Bedienung der deutschen Valuta verwirklicht.

Es wird glänzend weiter verdient.

Die Deutsche Waggon- und Eisenbahn-Ges. in Berlin steigerte ihre Dividende von 10 auf 15 Proz., der Siegen-Solinger Gußstahl-Attienverein gar von 0 auf 15 Proz. Die überhöhten die Aktienpreissteigerung anweisen ist, zeigt am besten der Umstand, daß die Köln-Eisener-Verkehrsverein-Att. Ges. 40 gegen 85 Proz. und der Rühelmer Bergwerksverein 11 gegen 10 Proz. Dividende ausschütet.

Amerikanischer Außenhandel im Jahre 1916. Die „Bradstreet“ mittelt, belief sich die Ausfuhr der Vereinigten Staaten im Jahre 1916 auf 5400 Millionen Dollar oder um 55 Proz. mehr als im Jahre 1915 und um 157 Proz. mehr als in 1914. Die Einfuhr betrug 2860 Millionen Dollar oder um 32 Proz. mehr als im Vorjahre. Der Ausfuhrüberschuss stellte sich auf 3,1 Milliarden Dollar, was nach dem heutigen Dollarkurs rund 17 Milliarden Mark ausmacht, wogegen die deutsche Gesamtjahres 1916 nur 10,9 Milliarden Mark ausmachte. Die Netto-Einfuhr von Gold betrug 888 Millionen Dollar. Während des Krieges kauften die Ver. Staaten amerikanische Wertpapiere zurück im Werte von 2000 Millionen und gewährten Anleihen im Betrage von 2000 Millionen Dollar.

Soziales.

Kriegswucher im Garnhandel.

Ein aufsehenerregender Kriegswucherprozess gegen den Kaufmann Schönfeld und den Garnhändler Rahn in Chemnitz beschloß das dortige Landgericht. Schönfeld, der bis Ausbruch des Krieges ein Strumpfabrikantengeschäft betrieb, ging nachher zum Garnhandel über und betrieb diesen in einem bedeutendem Umfange. Am 28. März 1916 kaufte er auch von einer Greizer Firma etwa 30 000 Alkotamm graues Dedemarn, das ihm bereits seit einiger Zeit angeboten war, für 250 M. das Ailo. Der Eigentümer des Garns war eine Firma in München-Grubbad. Am gleichen Tage verkaufte Sch. das Garn weiter an den Manganlaggen Rahn für 280 M. das Ailo ab Lagerort, der München war. Dem Angeklagten R. gelang es jedoch nicht, sofort einen Abnehmer für das Garn zu finden, weshalb sich auch die Zahlung an Schönfeld und damit auch an die Greizer Firma verzögerte. Inzwischen vereinbarten die Angeklagten, daß beim Verkauf des Garns der Gewinn gleichmäßig an beide Teile verteilt werden sollte. Am 1. April wurde die Verordnung herausgegeben, daß alles nach dem 1. April geponnene Garn nicht mehr verwendungsfrei sei, also unter die Verbotnahme falle. Dagegen war alles im März geponnene Garn beschlagnahme- und verwendungsfrei. Auf Anfrage hin erließen die Angeklagten den Bescheid, daß etwa 20 000 Ailo von dem gelauten Quantum Garn bereits im März geponnen und deshalb verwendungsfrei seien. Am 20. April war es dem Angeklagten Rahn nun gelungen, das Garn weiter zu verkaufen, und zwar zu dem Preise von 3,75 M. für das Ailo. Der Verdienst betrug also 28 427,65 Mark, so daß auf jeden Angeklagten rund 14 000 Mark entfielen. Das Gericht stellte fest, daß dies ein übermäßiger Gewinn war. Das Garn ist noch durch eine ganze Reihe von Käufern gegangen, ebe eine Verarbeitung stattgefunden hat, und zwar auf diese Weise, daß es das Lager in München-Grubbad niemals verlassen. So ist es gekommen, daß der Preis von 2,21 M. bis auf 5,10 M. für das Ailo gestiegen ist, was eine Steigerung von etwa 150 Proz. bedeutet. Zum Schluß ist das Garn schließlich doch in München-Grubbad verarbeitet worden. Die Angeklagten behaupteten, daß das Garn kein Gegenstand des täglichen Bedarfs gewesen sei. Dies wurde von zwei Sachverständigen widerlegt. Letztere erklärten, daß ihnen die Verzeigung „Dedemarn“ genüge, um das Garn als Gegenstand des täglichen Bedarfs anzusehen. Als angemessenen Gewinn billigten sie den Angeklagten 10 Proz. brutto zu. Die Angeklagten haben aber einen Verdienst von reichlich 50 Prozent geholt. Das Gericht verurteilte beide Angeklagten zu je 15 000 M. Geldstrafe oder einem Jahr Gefängnis. Man hat bei jedem der Angeklagten 10 000 M. als Uebergeinn angenommen.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Zehlig, Reußlin; für Inserate: Th. Bloch, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Zur Unfallverhütung.

„Ich hege die sichere Hoffnung, es werde mit der Zeit gelingen, jedem verständlich zu machen, daß die Tat, einen Arbeiter vor der Verfümmelung oder dem Tode auf seiner Arbeitsstätte bewahrt zu haben, ein ebenso verdienstvolles Rettungswort ist, als wenn es zum Ruhm eines Menschen geschähe, der dem Ertrinken nahe ist oder der auf öffentlicher Straße oder im Kampfe für sein Vaterland irgendwelcher anderen Gefahr ausgesetzt ist.“

Diese prächtigen Worte finden sich in dem Vorwort eines „die Unfallverhütung im Fahrstuhlbetriebe“ behandelnden Werkes von Georg Urban (Verlag Dietrich Reimer, Berlin). Es wird damit der Wert der Unfallverhütung treffend gekennzeichnet. Daß das Verhüten von Unfällen der Stellung von Unfallschäden und der Rentengewährung vorzuziehen ist, ist ein Grundsatz, der immer mehr und mehr sich Bahn bricht. Eigentlich ist er selbstverständlich, aber seiner Verwirklichung stehen doch viele Schwierigkeiten im Wege. Es mag das daran liegen, daß bei dem Bau von Maschinen zwar Wert auf die möglichst größte Leistungsfähigkeit gelegt wird, daß aber Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen bei der Konstruktion der Maschine eine nur verhältnismäßig geringe Rolle spielen. Es ist dann schwer, später an der Maschine die geeigneten Vorrichtungen anzubringen. Es tritt sehr häufig der Fall ein, daß diese dann den Arbeitsprozeß behindern, die Produktion also verlangsamen und der Arbeiter, der an einer solchen Maschine arbeitet, ist allzuleicht geneigt, die im Wege befindlichen Vorrichtungen zu entfernen, wobei der Arbeitgeber, dem auch möglichst viel an einer Ausnutzung der Maschine gelegen ist, gern beide Augen zudrückt. Demgegenüber stellt Urban bestimmte Forderungen auf. Er sagt:

„Für den Konstrukteur soll unter allen Umständen neben den Forderungen der Festigkeit und des guten Materials, den Bedingungen des Zweckes und der Verwendung der Maschinen, der Gedanke des Schutzes der Arbeiter in der Anordnung und Gestaltung bestimmend wirken. Als ein weiterer wesentlicher Fortschritt des unfallsichereren Bauwesens der Maschinen ist es zu betrachten, wenn gefährliche Handhabungen entbehrlich gemacht werden. Der Maschinenindustrie muß immer und immer wieder vor Augen geführt werden, daß die größere Zweckdienlichkeit einer einseitig konstruierten Schutzvorrichtung gegenüber einer später hinzugefügten außer Zweifel steht und daß der einfachste Weg zur Vermeidung der Betriebsgefahren eben dahin führen müsse, Maschinenanlagen so zu errichten und auszuführen, daß sie von vornherein unfallsicher sind. Mit anderen Worten, daß die Berücksichtigung des Unfallschutzes schon im Entwurf der Anlage die Aufgabe des modernen Maschinenbauers sein müsse.“

Zur Erreichung dieses Zieles sind zwei Wege möglich: Man kann durch Einwirkung der Gewerkeinspektionen, Berufsgenossenschaften oder des Betriebsunternehmers selbst bei dem Maschinenhersteller auf Ableitung ausreichender geschützter Maschinen hinwirken oder diesen erprobten Zustand durch Gesetzesvorschriften herbeizuführen suchen.“

Mit Nachdruck verweist Urban darauf, daß es bei dem alten, bisherigen Zustand nicht bleiben dürfe, und daß wir uns nicht den Luxus erlauben könnten, durch Nichtbeachtung des notwendigen Arbeiterschutzes jährlich Tausende und aber Tausende zu verstümmeln oder zu töten. Gerade die Kriegszeit habe klar gezeigt, welche große Unfallgefahr jeder Maschine anhafte, und wie jede Maschine durch die Bedienung jugendlicher und ungeleiteter Arbeiter zu einer bisher unbeachteten Gefahrenquelle geworden sei. Er fordert deshalb den Verband der deutschen Berufsgenossenschaften auf, die Maschinenindustrie durch bindende Abmachungen zur Ablieferung ausreichend geschützter Maschinen und Apparate anzuhalten. Er verkennt nicht, daß dem Schwierigkeiten gegenüberstehen und als eine Hauptschwierigkeit bezeichnet er das Verhalten des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten, die beim Zustandekommen der normalen Unfallverhütungsvorschriften der deutschen gewerblichen Berufsgenossenschaft gezeigt hätten, daß auf die Erfüllung einer solchen Forderung freiwillig nicht zu rechnen sei.

Schon in einem früher von ihm herausgegebenen Werke über „Die Unfallverhütung in der Nahrungsmittelindustrie“ hat Urban eingehend dargelegt, daß, wenn es nicht anders gehe, der Gesetzgeber eingreifen müsse, um die Konstruktion geeigneter Maschinen zu erzwingen. In diesem Werke verweist er ebenfalls auf die Widerstände, die einer ausreichenden Unfallverhütung entgegenstehen, und als solche bezeichnet er auch die Auffassung, daß die Unfallversicherungsgehalte lediglich den Arbeitern und nicht den Unternehmern dienen, und auf das falsche Schlagwort, daß die deutsche Industrie infolge der Lasten, die ihr die sozialen Gesetze auferlegen, nicht konkurrenzfähig bleiben könne. Treffend sagt er, daß man die Männer der Industrie, die bei der Schaffung der Gesetze dem Staate Mitarbeiter und Berater gewesen seien, doch nicht für so naiv halten dürfe, daß sie damals das Interesse der Industrie, also ihr eigenes Wohl und Wehe, vollständig vergessen hätten. Das Gegenteil sei der Fall, denn man habe seinerzeit sehr wohl gewußt, was man tat, als man die Industrie sehr belastenden Wirkungen der Haftpflichtgesetzgebung so gut wie aufhob und die Rentenansprüche der Arbeiter durch Berufsgenossenschaften befriedigen ließ. Er weist hin auf Amerika und zitiert einen Ausspruch aus einem anderen Werke über die Haftpflichtversicherung der Vereinigten Staaten, worin es heißt: „Wegen des Fehlens der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften ist das Betriebshaftpflichtrisiko gegenüber dem Angestellten in Amerika unverhältnismäßig viel größer um.“ Er verweist auch auf die Fortschritte, die inzwischen die soziale Gesetzgebung in den anherdeutschen Staaten gemacht hat und führt auch damit das Schlagwort von der Belastung der Industrie gebührend ab.

In Deutschland werden jährlich 7000 Personen durch Betriebsunfall getötet, etwa 1000 Personen werden gänzlich erwerbsunfähig und annähernd 30 000 Personen werden dauernd teilweise erwerbsbeschränkt. Diese Zahlen sollten sich sprechen und erkennen lassen, wieviel auf dem Gebiete der Unfallverhütung zu tun noch übrig bleibt. Schon der Begleittext zu den Urkassen Werken macht diese zu sehr wertvollen Erscheinungen der Unfallliteratur, wobei wir an dieser Stelle davon absehen müssen, seine technischen Vorschläge zur Abstellung der Betriebsunfälle zu würdigen.

Die Verkehrssteuer im Reichstagsausschuß.

Besteuerung der Straßenbahnen mit 6 Proz.

Am Freitag wurde der Gesetzentwurf über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs zu Ende beraten.

Der Staatssekretär des Reichshofamts hatte Berechnungen über die verschiedenen Möglichkeiten einer anderweitigen Gestaltung des Frachtturkundenstempels und der prozentualen Steuer vorgelegt. Wenn den jüdischen Wünschen entsprechend eine vorzugweise Behandlung der Kohle durch Herauslösung aus der prozentualen Steuer eintreten würde, so ergäbe sich ein Ausfall von rund 13 Mill. M., der anderweitig eingebracht werden müßte. Dies durch eine Erhöhung der Steuer auf die Personensphären zu erzielen, erscheine nach Anhörung der Bundesstaatlichen Eisenbahnerverwaltungen nicht empfehlenswert. Der Ausgleich sei vielmehr nur bei der Besteuerung der Güterfrachten möglich. In dieser Hinsicht empfiehlt der Staatssekretär,

Einheitsfuß von 7 Proz.

im übrigen beizubehalten und von einer Staffelung abzusehen. Abgesehen von den Berechnungsschwierigkeiten bei der Veranlagung einer gestaffelten Steuer könnten höhere Grundlagen für eine zahlenmäßige Beurteilung der Wirkung einer solchen Staffelung jedenfalls in kurzer Zeit nicht geliefert werden.

Nach langer Besprechung der vorgelegten Berechnungen kam der Ausschuß zu dem Ergebnis, daß er einen Interimsauschuß einsetze, der die verschiedenen Möglichkeiten untersuchen sollte, den Anregungen der Ausschußmitglieder Rechnung zu tragen. Infolgedessen wurde die Sitzung bis 8 Uhr nachm. unterbrochen.

Nach der Mittagspause hatte der Interimsauschuß einen Antrag vorgelegt, der zugleich die bisher schon beschlossenen Änderungen des Entwurfs beseitigt und folgende Änderungen vorschlug:

Im ersten Paragraphen, der die Bahnen bezeichnet, auf die die Steuer erstreckt werden soll, werden die Seilbahnen endgültig beseitigt. In der früheren Beratung war geirrt worden, daß auch die Beförderung von Personen und Gütern auf Landwegen der Abgabe unterliegen soll. Jetzt ist die Bestimmung wiederhergestellt worden mit dem Zusatz, daß die Besteuerung sich nur auf Autolinen erstreckt. Im § 3 war geschrieben worden, daß von der Abgabe befreit bleiben die Beförderung von Gütern, die dem Zwecke des eigenen Beförderungunternehmens dienen. Diese Bestimmung wird wiederhergestellt und hinzugefügt, daß von der Abgabe auch befreit bleiben soll die Beförderung von Steinkohlen, Braunkohlen, Koks und Pechkohlen aller Art im Eisenbahnverkehr. Diese Bestimmung hat den Zweck, daß die anderen Bundesstaaten mit Eisenbahnen nicht schlechter gestellt werden als Preußen. — Im § 11 sind die

Steuersätze für den Personenverkehr

angeführt. Hierzu hatten die Sozialdemokraten einen Abänderungsantrag eingebracht. Die Abgabe sollte nach dem Entwurf betragen in der 1. Klasse 18 Proz. (die Soz. verlangten 20 Proz.), in der 2. Klasse 14 Proz. (die Soz. 15 Proz.), in der 3. Klasse 12 Proz. (die Soz. 10 Proz.) und in der 4. Klasse 10 Proz. (die Soz. 5 Proz.).

Die Sozialdemokraten erklärten sich grundsätzlich gegen die Besteuerung überhaupt. Wenn aber der Ausschuß die Besteuerung annehmen sollte, dann sollten nach ihrem Entwürfe die erste und zweite Klasse höher, als im Entwurf vorgesehen, die 3. und 4. Klasse bedeutend geringer belastet werden. Der 10. Antrag wurde gegen die 10. Stimmen abgelehnt, und der Vorschlag in dem Entwurf angenommen. Auch wurde gestrichen, daß die Fahrkarten bis zum Preis von 15 Pf. von der Steuer ausgenommen sein sollen.

Rüthgen sind auch die Straßenbahnen im vollen Umfang der Steuer unterstellt.

Dazu wurde jedoch folgender Zusatz gemacht: Im Straßenbahnenverkehr sowie in den ihm gleichgestellten Verkehrsmitteln ist die Abgabe von der Personenbeförderung auf 6 Proz. (gegen 12 Proz.) des Beförderungspreises. Ist eine Bahn als Straßenbahn anzusehen, ist bestimmt im Wechselballe der Bundesrat. Ferner wurde bestimmt, daß ein solches Straßenbahnunternehmen der Abgabepflicht erst vom 1. Juli 1918 ab unterliegt oder, wenn es vor diesem Zeitpunkt eine Tarifserhöhung vornimmt, vom Tage der Geltung des neuen Tarifs.

Endlich wurde die Abgabe für die Güterbeförderung erheblich geändert, dadurch, daß folgende Bestimmung neu eingefügt wurde: Die Abgabe von der Güterbeförderung wird neben dem Frachtturkundenstempel erhoben. Die Nummer 6 d Spalte 2 Nr. 8 des Tarifs zum Reichsstempelgesetz erhält in Absatz 1 folgende Fassung: 1. Frachtturkunden im Eisenbahnverkehr über 1. Frachtturkunde und Gepäckstück 15 Pf. (jetzt 10), 2. Gütturkunde 30 Pfennig (jetzt 20), 3. Frachtturkunde in Wagenladungen bei einem Frachtbetrage von nicht mehr als 25 M. 1,50 M. (jetzt 1 M.); bei höheren Beträgen 3 M. (jetzt 2 M.); 4. Gütturkunde in Wagenladungen bei einem Frachtbetrage von nicht mehr als 25 M. 3 M. (jetzt 1,50 M.); bei höheren Beträgen 6 M. (jetzt 3 M.); bei der Beförderung von Steinkohlen, Braunkohlen, Koks und Pechkohlen aller Art erhöhen sich die Sätze der Riffer 3 von 1,50 M. auf 3 M., auf 2 M. und 4 M. Soweit diese Güter für Betriebszwecke einer deutschen Staatsbahnenverwaltung bezogen sind, wird die Abgabe nach näherer Bestimmung des Bundesrats vergütet. Diese Bestimmungen wurden gegen die 10. Stimmen angenommen. Das Wesentliche an diesen Bestimmungen ist, daß für den Transport der Kohlen auf den Eisenbahnen die neue Abgabe nicht erhoben wird. Dafür wird die alte Frachtabgabe für alle Güter erhöht und insbesondere erhöht für die Kohlen. Auf diese Weise soll ungefähr derselbe Betrag zusammengebracht werden, wie nach dem Entwurf: 315 Millionen M.

Abg. Müller-Reichenbach (Soz.) sprach sein Bedauern darüber aus, daß nach dem Vorschlag des Interimsausschusses jetzt doch die Straßenbahn in die Besteuerung einbezogen werden soll. Nach seiner Überzeugung würden sich hieraus schwere Rückschlüsse ergeben, daher behielten sich die Sozialdemokraten vor, noch einmal in der 2. Lesung des Entwurfs zu versuchen, wenigstens diese Bestimmungen zu beseitigen. Er sei überzeugt, daß die jetzt vorgelegene Steuer, wenn sie auch für eine Fahrt nur einen halben Pfennig ausmachen würde, doch den Anstoß gibt, die Fahrpreise beträchtlich zu erhöhen. Diese Befürchtung sei nach den Erfahrungen in allen Industriezweigen nur zu sehr berechtigt.

Abg. Gröber fragt an, ob es nicht möglich wäre, zu verhindern, daß die Straßenbahn im Anschluß an die jetzt beschlossene geringe Steuer Zuschläge zu den Fahrpreisen machen würde, die weit über den Betrag der Steuer hinausgehen.

Staatssekretär v. Kochern antwortet, daß ja die Aufsichtsbörden in vielen Fällen das Recht haben, Einspruch gegen unangemessene Festsetzung der Tarife zu erheben; ebenso würden die Stadtgemeinden schon alles tun, um eine unbedingte Verteuerung der Straßenbahnfahrten zu verhindern.

Abg. Koch (Soz.) wies darauf hin, daß die Straßenbahnerverwaltungen gewiß nicht verlegen sein werden, die weitere Erhöhung des Fahrpreises mit den veränderten Verhältnissen zu begründen.

Auf eine Anfrage des Abg. Reil (Soz.) erklärte der Vertreter der preussischen Eisenbahnen, in Preußen werde nicht daran gedacht, während des Krieges eine Tarifserhöhung vorzunehmen. Die Reichsleitung werde sich mit den Einzelstaaten in Verbindung setzen, um zu bewirken, daß zu

gleicher Zeit die später kommende Tarifserhöhung in den einzelnen Bundesstaaten gleichzeitig vorgenommen werde, dann erst kann die Steuer durchgeführt werden. So wird das Publikum nicht mehrere Male durch Veränderung der Fahrpreise beunruhigt werden. — Auf eine weitere Anfrage Reils wurde vom Staatssekretär v. Kochern ausdrücklich festgestellt, daß auch die Straßenbahn das Recht habe, billige Arbeiter-, Schülerkarten usw. auszugeben und daß dann für diese die neue Steuer nicht gilt.

Sonnabend werden das Eisenbahnamt und die Reichseisenbahnen behandelt.

Vereinfachung der Rechtspflege.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine Vereinfachung der deutschen Rechtspflege herbeiführen soll.

In Zukunft sollen Amtsgerichte bei Uebertretungen und Vergehen leichtester Art ohne Schöffen entscheiden. Sitzsammern sollen noch mehr als bisher an die Schöffengerichte gebracht werden können. Einige Schwurgerichtssachen sollen der Strafkammer zur Beurteilung zufallen. Die übrigen Bestimmungen bringen in der Hauptsache eine Herabsetzung der Zahl der Richter bei der Strafkammer als Berufungsinstanz, bei der Zivilkammer in erster Instanz und bei den Senaten der Oberlandesgerichte, eine Verringerung der Zahl der Geschworenen, eine Milderung des Verfolgungszwanges der Staatsanwaltschaft, eine Ausdehnung des Strafbefehls und eine Einschränkung der Privatklagen.

Die Schöffengerichte waren bisher zuständig außer für Uebertretungen auch für Vergehen, wenn keine schwerere Strafe als sechs Monate Gefängnis oder 100 M. Geldstrafe zu erwarten war. Nach dem neuen Entwurf sollen die Schöffengerichte zuständig sein, wenn keine höhere Strafe als Gefängnis oder Festungshaft von einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 2000 M. zu erwarten ist. Den Schöffengerichten können künftig auch Verbrechen zur Beurteilung überwiesen werden, z. B. bei Diebstahl, Betrug im Rückfall, wobei es sich vielfach um nicht besonders schwere Verbrechen handelt.

Den Strafkammern sollen künftig von den Delikten, die dem Schwurgericht zur Beurteilung vorbehalten waren, überwiesen werden die Verbrechen der Urkundenfälschung, des betrügerischen Bankrotts, der Depotunterschlagung, der Amtsverbrechen, der Verbrechen des Meineides und der Stillschleppdelikte. In der Berufungsinstanz sollen die Strafkammern statt mit fünf nur noch mit drei Richtern besetzt werden. Die Zahl der Geschworenen wird von zwölf auf sieben herabgesetzt; während bisher zur Beurteilung mindestens acht von zwölf Stimmen notwendig waren, sollen dann mindestens fünf von den sieben Stimmen zur Verabredung der Schuldfrage nötig sein.

Der Entwurf gibt ferner der Staatsanwaltschaft die Befugnis, bei gewissen Straftaten unter bestimmten Voraussetzungen von der Erhebung der Klage abzugehen. Ihm soll ermöglicht werden, geringfügige Verbrechen des täglichen Lebens unverfolgt zu lassen. So Uebertretungen, Vergehen, die nur mit geringen Freiheitsstrafen oder Geldstrafen bedroht sind, einfachen Diebstahl, Unterschlagung und Betrug, soweit es sich dabei um einen Gegenstand im Werte von höchstens 25 M. handelt.

Eine wesentliche Ausdehnung erfährt der Strafbefehl. Hinsichtlich der Freiheitsstrafen bleibt es bei dem bestehenden Höchstmaß von sechs Wochen; dagegen ist die Grenze der Geldstrafe, die bisher 150 M. betrug, beseitigt worden, so daß künftig Strafbefehle auf eine Geldstrafe in beliebiger Höhe lauten können.

In Privatklagen sollen das Verfahren nur eröffnet werden, wenn der Fall vom Gericht ausdrücklich als Privatklage erklärt wurde. In allen anderen Fällen soll das Verfahren ruhen bis nach Beendigung des Krieges, und die Klage gilt als zurückgezogen, wenn dann nicht innerhalb eines Monats die Weiterführung des Verfahrens beantragt wird.

Im Zivilschlichtverfahren sollen bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz durch Einzelrichter an Stelle der Zivilkammern entschieden werden, und zwar können als Einzelrichter in erster Linie Landgerichtspräsidenten und Landgerichtsdirektoren in Frage. Unter Umständen können auch Oberlandesgerichtsräte zu Hilfsrichtern bei dem Landgericht bestellt werden. Zur gütlichen Beilegung von Rechtsstreitigkeiten soll außerdem das Schlichtungsverfahren eine erhebliche Ausdehnung erfahren, insbesondere soll dieses Verfahren vom Anwaltszwang befreit bleiben.

Berichtszeitung.

„Brühwürfel.“

In die Geheimnisse der Brühwürfelproduktion leuchtete eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg hinein. „Hühnerbrühwürfel“, die der Kaufmann Gustav Oberländer in den Verlede gebracht hatte, wiesen nicht weniger als 75 Prozent Kochsalz auf. Gerichtspräsident sollte Fleischschmied verurteilen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, der nach einem alten Rezept fabriziert haben will und jede Schale befüllt, zu 800 M. Geldstrafe.

Des Diebstahls verdächtig.

Der Inhaberin eines Pensionats, Frau Bürgermeister Bauer, waren im November vorigen Jahres 50 M. aus ihrer Handtasche verschwunden. Frau Bauer hielt, ohne jedoch einen Beweis dafür zu haben, ihr Hausmädchen für die Diebin. Trotz des Verdachts beharrte sie aber das Mädchen weiter. Im Februar d. J. waren wieder 200 oder 300 M. abhanden gekommen, die Frau Bauer in einer Koffette aufbewahrte, die in ihrem Wohnzimmer stand. Auch jetzt lenkte sich der Verdacht des Diebstahls auf das Hausmädchen. Der Verdacht stützte sich zwar auf keine Tatsachen, aber Frau Bauer glaubte ganz bestimmt, daß kein anderer als das Hausmädchen den Diebstahl verübt haben könne. Das Mädchen, welches auch jetzt noch nicht entlassen wurde, sich aber durch die Verschuldigung des Diebstahls gefränkt fühlte, kündigte und trat am 1. März aus. Nun behielt Frau Bauer den fälligen Monatslohn sowie die dem Mädchen zustehenden Leinwälder — im ganzen 52 M. — ein, um sich wegen des verschwundenen Geldes schadlos zu halten. Das Mädchen klagte beim Gewerbegericht. Hier ließ sich Frau Bauer durch einen Referendar vertreten, der die Verschuldigung des wiederholten Diebstahls gegen die Klägerin anrecht erhielt, ohne daß er auch nur den geringsten Beweis dafür antreten konnte. Referendar legte er der Klägerin zur Last, daß sie in ihrer schamlosen Waise, die zur Wäscherei befördert wurde, eine ihr nicht gehörende Küchenbürste und drei Taschentücher eingewaschen hatte. Dadurch sollten die diebstahligen Reaktionen der Klägerin bewiesen werden. Die Klägerin gab zu, daß sich die angegebenen Gegenstände in ihrem Wäschekorb befanden, wo sie hineingekommen waren, weil die schamlose Waise des ganzen Hauses ungeordnet in einer Kammer aufbewahrt wurde. Daß sie sich die fraglichen Wäschestücke aneignen wollte, bestritt die Klägerin. Auch wehrte sie sich mit großer Entschiedenheit gegen die unbewiesene Verschuldigung, das Geld gestohlen zu haben. Die Klägerin gab an, daß außer ihr auch andere Personen die Möglichkeit gehabt hätten, an der Geldkassette der Frau Bauer zu gelangen und daß noch mehrere Diebstähle im Pensionat der Beklagten vorgekommen seien, wegen deren kein Verdacht gegen sie, der Klägerin, erhoben werden konnte. — Das Gericht legte der Klägerin den Eid darüber auf, daß sie das von der Beklagten abhanden gekommene Geld nicht gestohlen habe. — Die Klägerin leistete den Eid. Darauf erkannte der Vertreter der Beklagten die Forderung der Klägerin an.

Aus aller Welt.

Wiederbeginn der geheimnisvollen Schieberei in der Falkenhagener Forst. In der Falkenhagener Forst trieb, wie mit feinerer Berichterstattung, im Januar ein geheimnisvoller Schieber sein Unwesen, durch den mehrere Personen verwundet worden waren. Nachdem von den Behörden umfangreiche Streifen vorgekommen worden waren, ließe die Schieberei auf. Der Täter konnte aber nicht ermittelt werden und die Behörde nahm an, daß es sich wohl um einen geisteskranken, aus dem Geistesdienst entlassenen Soldaten handele. Seit einiger Zeit aber macht der unheimliche Schieber wiederum die Forst unruhig. So ist erst vor kurzem der Geheißarbeiter August Reinde auf der Spandau-Falkenhagener Grenze

in der Nähe des schützigen Wasserwerkes durch eine Kugel getroffen und am rechten Oberarm sehr schwer verletzt worden. Die Behörden haben zwar sofort wieder umfangreiche Streifen vornehmen lassen, leider aber bisher ohne Erfolg. Dagegen sind die Kräfte zu der Überzeugung gekommen, daß es sich nicht um einen Geisteskranken, sondern um Wiberer handelt. Diese Annahme scheint auch durch andere Umstände bestätigt zu werden. In jenen Gebieten wurden schon seit längerer Zeit Wilddiebe vermutet. Allerdings war es bisher niemals möglich, sie zu überraschen.

Ein weiser russischer Bürgermeister. Die „Birskowja Biedomost“ vom 18. Februar berichtet, hat der Bürgermeister von Gria-fowey sich für Einstellung der Straßenbeleuchtung ausgesprochen, und zwar mit folgender Begründung: Der sich aus Nichtstuerer

nachts herumtreibt, der wird in der Dunkelheit weniger Unlug treiben, und wer wirklich etwas nachts zu erledigen hat, der kann sich eine Handlaterne mitnehmen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 18. März, im großen Festsaal des Berliner Stadthauses, Stralauer Straße, Eingang Jüdenstraße: Fester der Augustbewegung. Festvortrag von Herrn Ernst Dämmig: „Religiöse Erziehung“. — Freireligiöse Vorträge finden am Sonntag nicht statt.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittig. Hiernach mild, im Südosten zunächst noch trocken und vielfach heiter, in den anderen Gegenden zeitweise anhaltend, jedoch über-miegend bewölkt mit geringen, an der Küste etwas härteren Niederschlägen.

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken

20 Meter
Klittenkante
55 Pf.

1 Wandspiegel
mit
Holzrahmen
55 Pf.

1 Flasche
Birkenwasser
55 Pf.

6 Baster-
Klappen
55 Pf.

1 Haarsegen
Brandmalerei
Nachahmung
55 Pf.

3 Kaffee-
becher
Porzellan mit
blauem Rand
55 Pf.

6
Kleiderbügel
55 Pf.

50
Kartenbriefe
55 Pf.

1
Kleiderbürste
55 Pf.

2 Rollen
Toilette-Papier
55 Pf.

8 Pakete
Blitzblank
55 Pf.

1
Stehspiegel
mit Metallrand
55 Pf.

1 Flasche
Bay-Rum
55 Pf.

Flasche Franz-
branntwein
55 Pf.

Galanterie

- 1 silberner Kettenring .. 55 Pf.
- 1 silberner Anhänger für Halsketten.. 55
- 1 silberner Kinderring... 55 Pf.

Schreibwaren

- 1 Postkarten-Album schöner Einband 55
- 25 Briefbogen gr. mod. Format zusammen 55
- 25 Umschläge in Innen-druck... 55 Pf.
- 12 gute Bleistifte..... 55 Pf.
- 1 Poésie-Album..... 55 Pf.
- 50 Berliner Ansichtspost-karten..... 55 Pf.
- 100 Hanf-Umschläge ... 55 Pf.

Emalle

- 1 Kasserolle 55 Pf.
- 1 Küchenschüssel 55 Pf.
- 1 Maschinentopf dekoriert 55 Pf.
- 1 Fleischtopf mit 2 Griffen 55 Pf.
- 1 Braupfanne mit Stiel 55 Pf.

Glas

- 2 Kompottschüsseln 55 Pf.
- Diamantmuster..... 55 Pf.
- 1 Honigdose 55 Pf.



- 1 Kompottschüssel gross mit 3 Füsschen 55
- 3 Kompottschälchen 3 Füsschen 55



- 1 Obstkorb oval mit Henkel 55 Pf.
- 1 Butterdose schwarzes Pressmuster .. 55 Pf.

Steingut

- 4 Speiseteller 55 Pf.
- 4 Abendbrotteller 55 Pf.
- 2 Kaffeebecher 55 Pf.



- 1 Marmeladendose mit Fruchtdekor 55 Pf.

- 2 Kaffee-tassen mit Unter-tassen 55 Pf.

Wirtschafts-Artikel

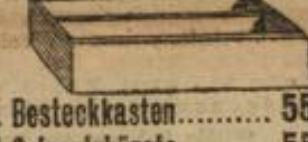
- 12 Kleiderbügel 55 Pf.
- 1 Backform..... 55 Pf.
- 2 Schock Klammern..... 55 Pf.



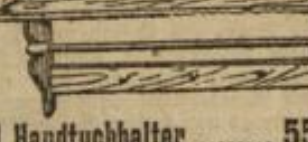
- 1 Eierständer für 20 Eier.. 55 Pf.
- 1 Vorratsdose..... 55 Pf.
- 1 Kopfbürste 55 Pf.



- 1 Fussbank 55 Pf.
- 1 Tischmesser 55 Pf.
- 1 Brotmesser 55 Pf.



- 1 Besteckkasten..... 55 Pf.
- 1 Schmutzbürste..... 55 Pf.
- 1 Gazeglocke 55 Pf.



- 1 Handtuchhalter 55 Pf.
- 1 Stuhlsitz 55 Pf.

Porzellan

- 1 Kaffeeanne verschiedene Formen 55 Pf.
- 3 Obertassen 55 Pf.
- 3 Kompott-teller dekoriert 55



- 1 Teekanne weiss, verschied. Formen 55 Pf.
- 2 Kaffeebecher 55 Pf.
- 2 Kaffee-tassen mit Unter-tassen Goldbd. u. Linie 55
- 1 Bratenplatte 55 Pf.



- 1 Zuckerdose 55 Pf.
- 1 Milchtopf reich dekoriert 55 Pf.



- 1 Brotkorb viereckig od. rund Fruchtdekor 55 Pf.
- 2 Speiseteller 55 Pf.



- 3 Kaffeebecher mit Kinder-bildern ... 55 Pf.
- 2 Milchtöpfe mit Bordüre 55 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Der Kollege zur Nachsicht,
daß unter Mitgliedschaft, der Herr
Otto Noske
Adlerstraße 121,
am 14. März an Durchfall ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 19. März, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Elisabeth-Kirchhofes
in Panlow, Soltanstraße, aus-
statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
102/1 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Am 12. März starb unser Mit-
glied, der Maurer
Johann Throl.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr,
auf dem Friedhof in Ahrensfelde
statt.
144/16 Die örtliche Verwaltung.

Zanfliegung.
Für die Bewerke der hiesigen Teil-
nahme sowie zahlreichen Kranzsen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und Vaters **Hugo**
Siebert lagst ihr allen Ver-
wandten, Freunden und Bekannten,
ebenso den Gefangenen der hiesigen
Gefängnisverwaltung, den hiesigen
Arbeitern der Duna, Cement-
bau, dem Personal der Firma Hed-
mann u. Co., den Arbeitern und Ar-
beiterinnen der Firma Pafab, die
für die letzte Ehre erwiesen haben,
unsern innigsten Dank.
Marie Siebert nebst Kindern,
20255 Baumstraße 10.

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pf.

Lungenkranke
Wo kleide ich mich Civil ein?

Noch preiswert
in der Maßschneiderei
Julius Fabian,
Schneidermelster
O. Gr. Frankfurter Str. 37 II,
Eingang Strausberger Platz,
NW. Turmstr. 18,
nahe Moabit Krankenhaus.
Grosses Lager
fertiger Garderobe.
Anfertigung nach Mass
unter Garantie tadelloser Sitze.
Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet.

Spezialarzt
Dr. med. Coleman
für Haut-, Horn-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Beinleiden,
Ehrlich-Hata-Kuren
(Dauer 12 Tage), Behandlung
schnell, sicher und schmerz-
los ohne Berufsstörung.
Königstr. 34-36, Stadthf.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden -
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 Tage),
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung Teilzahlung.
Sprechstunden: 11-1 und 6-8.

erhalten kostenlos Rat über neues Heil-
verfahren. Hygienisch - medi-
zisches Laboratorium, Invaliden-
straße 5 (an der Brunnenstraße), Sprech-
zeit 10-1 und 3-7. 2019b

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein
einziges, mir unversehrtes Liebes-
Sohn, Onkel und Neffe, der
Vertrauensmann
Ernst Henning
18. Januar 1917 durch einen
Fehler seiner Verwandten und am
6. März 1917 im Feldlazarett ge-
storben ist.
Im namenlosen Schmerz
Die trübselige Mutter
E. Henning,
E. Henning, Grossmutter.
E. Henning, Onkel.
Berlin NO, Eisinger Straße 45
Es war mein Glück, mein einziges
Glück, nun fehlt es niemals mehr
zu mir zurück, kehrt nicht das er-
barmende Mutterherz, nicht mein
unersättliches Sehnen, bringt
nun so lieb zur Welt, was
beugen die dort Boote für tiefes,
hohes Leid.
Wohlgang in Frieden!
Gwig beweint von Eltern Lieben.

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten die traurige
Nachricht, daß mein einzigster
Mann, unser bergensquies, treu-
sorgender Vater, Sohn, Bruder,
Schwager, Schwiegersohn und
Onkel
Friedrich Eidner
im fast vollendeten 45. Lebens-
jahre an Nierenkrämpfungen ver-
storben ist.
Die Leiche an die hiesigen Verwandten
Hinterbliebenen
Hedwig Eidner geb. Götger
nebst Söhnen
Charlottenburg, o. 11. März 1917,
Eidner u.
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 17. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des neuen Luisen-Kirchhofes,
Fürstendamm-Str. 10, aus statt.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
Behandl. von Syphilis, Haut-,
Horn-, Frauenleiden, (per Anon.)
Ehrlich-Hata-Kuren, Schmerz-
los, schnelle Heilung ohne Be-
rufsstörung, Blutuntersuchung, Mög-
lichste Teilzahlung, Sprechstunden
10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

**B
FEDER**

empfehle
gegen bar und auf Kredit
unter günstigsten Zahlungsbedingungen
Einzel-Möbel • Polsterwaren
sowie
vollständige Wohnungs-Einrichtungen
Spelzezimmer, Herrenzimmer
Schlafzimmer, Salons
Farblos Küchen Weissl. Schlafzimmer
Dielen- und Korridor-Möbel
Fachgemässe Bedienung u. Prompte Lieferung

Im SUDEN:
Kottbuser
Damm
103

Im OSTEN:
Frankfurter
Allee 350

Im WESTEN:
Charlottenbg.
Scharren-
str. 5

Im NORDEN:
Brunnenstr.
1

Aus Groß-Berlin.

Das Pfund.

Längst sind aus dem deutschen Leben die alten Maße verschwunden und die — mit Ausnahme der angelsächsischen und russischen Welt — internationalen Abmessungen und Bezeichnungen des metrischen Systems sind überall an ihre Stelle getreten. Alle und Fuß, Drössi und Fuder sind verschwunden. Jod und Lagerort auch, nur der Morgen ist noch nicht ganz durch Ar und Hektar ersetzt. Aber das Pfund hat sich siegreich behauptet, nur daß man es zum Kilogramm in die einfache Beziehung der Hälfte zum Ganzen gesetzt hat. Für die Leute, die etwa aus Oesterreich kamen, war es zuerst immer befremdend, daß hier alles nach dem halben Gewicht ging und was drüben ein bescheidenes Viertelkilo ist, hier als freispäuriges Halbpfund auftritt, daß sogar das Viertelpfund noch eine sehr greifbare Menge ist, während dort kaum jemand ein Achtelkilo verlangte.

Zu welchen Ehren aber hat der Krieg das Pfund gebracht! Ein ganzes Pfund Butter — Nation für zehn Wochen, ein ganzes Pfund Fleisch — Nation für vierzehn Tage, ein volles Pfund Butter — nicht auszubehende Völlerei! Und gar ein Pfund Mehl oder Zucker — oh, oh!

Und ein altes Bibelwort ist zu unerwartetem Leben erwacht in dieser Zeit des Schleichhandels oder auch des legalen Breifes für In- und Auslandswaren — das Wort vom dem Pfund, mit dem „redlich“ gewuchert ward.

Lehrer und Lehrerinnen.

Die in den Gemeindefschulen Berlins während des Krieges notwendig gewordene Erziehung vieler zum Heeresdienst einberufenen Lehrer durch Lehrerinnen wurde von Stadtschulrat Fischer in einer Veranlassung der Schulkommissionsvorsitzer den Ursachen zunehmender Jugendberührung ausgedrückt. Wegen eines „Vorwärts“-Berichtes über die Veranlassung, der das erwähnte, wandte der Vorsitzende des Bezirks Berliner Volksschullehrerinnen sich an den Stadtschulrat mit der Bitte um eingehende Wiedergabe jener Äußerung über die Lehrerinnen. Die folgende von ihm erteilte Antwort wird jetzt in der „Pädagogischen Zeitung“ veröffentlicht:

„Meine Ausführungen in der Schulkommissionsvorsitzer-Versammlung sind in dem angezogenen Zeitungsbericht unvollständig wiedergegeben. Ich habe erklärt, daß die jährlich eingestellten, ungelübten weiblichen Hilfskräfte, darunter auch solche, die keine Lehrerinnenprüfung gemacht haben, kein ausreichendes Ersatz für die zu den Jahren einberufenen Lehrer, besonders an Anabensschulen seien, und daß so sehr auch diese Kriegsdienstverweigerer sich bemühen, ihre Lehr- und Erziehungspflichten zu erfüllen, das Fehlen zahlreicher Lehrer die Aufrechterhaltung strenger Zucht bei den größeren Kindern erschwere. Es hat mir natürlich durchaus ferngelegen, gegen unsere Gemeindefunktionäre den Vorwurf zu erheben, als hätten sie bei der durch den Krieg erleichterten Erziehungsaufgaben verlagert. Im Gegenteil kann ich bezeugen, daß sie die schwereren Pflichten, die ihnen der nun ins dritte Jahr dauernde Krieg auferlegt, mit Hingebung erfüllen.“

Unser kurzer Bericht ließ den Stadtschulrat über die Lehrerinnen sagen, „auch das spreche mit, daß jetzt viele zum Heeresdienst einberufene Lehrer durch Lehrerinnen ersetzt seien“. In der langen Erklärung, die er jetzt gibt, finden wir keine Widerlegung, sondern eine Bestätigung.

Daß die Lehrerinnen sich durch die Äußerungen des Stadtschulrats beneidelt fühlen, ist begreiflich bei dem Mißtrauen, mit dem ihnen die Kollegenschaft männlichen Geschlechts vielfach noch begegnet. Hiermit vergleiche man übrigens, was der Stadtschulratsbericht in seinem zweiten Teil anführt:

„Andererseits möchte ich nicht verschweigen, daß unsere Verwaltung die durch den besonnenen Ministerialerlass in einem gewissen Umfang gestattete Umwandlung von Lehrstellen in Lehrerinnenstellen als eine durch die Not der Zeit bedingte vorübergehende Maßregel betrachtet und gewiß ist, sobald als möglich das bei uns bewährte Zahlenverhältnis von Lehrstellen zu Lehrerinnenstellen (an Mädchen Schulen drei Fünftel Lehrerinnen, zwei Fünftel Lehrer und außerdem für jede weibliche Klasse der Anabensschulen eine Lehrerin) wiederherzustellen. Für die Erziehung der älteren Anaben kann eben der männliche Einfluß nicht entbehrt werden, während andererseits an Mädchenschulen auch an geeignete Lehrerinnen mehr als es bisher geschieht, Ordinariate auf der Oberstufe übertragen werden sollten.“

Die „Pädagogische Zeitung“, das Hauptblatt des „Deutschen Lehrervereins“, sagt hierzu — nichts.

Die Abfertigung bei der Volksspeisung

Ist in Berlin noch in diesen Speisestellen so eingerichtet, daß ihre Ränge auf die Speisungsteilnehmer geradezu abstrichend wirken müssen. Warum kann man sich immer noch nicht bei allen Ausgabestellen dazu entschließen, den Schülkinder in der Mittagsmahl in Klaiserräumen zu reichen? Wenn man aus den von den Ausgabestellen benutzten engen Turnhallen die Schülkinder herausdrängt, so würde hiermit ihnen ebenso wie den Erwachsenen genügt. Der „Vorwärts“ hat diese dringend notwendige Maßregel gefordert. Sie wurde inzwischen bei verschiedenen Ausgabestellen durchgeführt, aber in anderen läßt die Behörde noch auf sich warten. Bei einem Rundgang, den wir in den letzten Tagen wieder durch eine Reihe von Ausgabestellen machten, konnten wir in einigen auch heute das Mißliche dieses Verfahrens beobachten. Schlimm ging es in der auf dem Schulgrundstück Reichener Str. 44/45 untergebrachten Ausgabestelle zu, wo die kleine Turnhalle von Erwachsenen und Schülkinder vollgepackt war und ein wirres Durcheinander darbot. Wenn die Schülkinder fehlen, vollzieht sich die Abfertigung der in der Ausgabestelle speisenden Erwachsenen und der das Essen nach Hause holenden Personen merklich leichter und rascher. Der Betrieb eines solchen Unternehmens kann sich ohne Störung nur abwickeln, wenn er nicht durch Raumangel eingeengt wird. Nur dann ist es den Wartenden möglich, sich in langen Reihen aufzustellen und einer nach dem anderen voranzurücken. Um das zu erleichtern, sollte man aus jeder der Kasse noch die Speisenausgabe zu nahe an die Tür rücken. Wo der Fehler gemacht wird, muß die hereinströmende Menge sich sogleich an dieser Stelle in dichten Haufen zusammenhängen. Mit Mühe gelangt man endlich bis nach vorn, mit manchmal noch ärgerlicher Mühe muß man sich nach hinten wieder hindurcharbeiten. Dabei entscheiden oft die Nebenbeger des Stärkeren gegen das Recht des Schwächeren. So kann es einem vor dem Abstrich ergeben, so kann sich auch an der Speisenausgabe wiederholen. Und aus dem Gewühl soll man dann sein Essen glücklich herausbringen! Diese Zustände sind schließlich für die bei der Volksspeisung mitarbeitenden Frauen ebenso peinlich und ärgerlich wie für die Speisungsteilnehmer.

„Kriegsmus“.

Was verbirgt sich hinter dem „Kriegsmus“, das jetzt (wenn man so sagen darf) „in aller Munde“ ist? Hierzu meldet die „Zeitung des Deutschen Sprachvereins“ in ihrem neuesten Heft:

Marmelade. Auf Anregung aus dem Kreise des Deutschen Sprachvereins bezeichnet das Kriegsmusikamt den aus Obst, Zucker und Säften bestehenden Protosirup, bisher Marmelade genannt, nunmehr als Kriegsmus.

Nach dem Wortlaut dieser Mitteilung könnte es scheinen, wie wenn das Fremdwort „Marmelade“ für einige Zeiten durch die Bezeichnung „Kriegsmus“ ersetzt werden sollte. Gemeint ist aber wohl, daß als „Kriegsmus“ nur das Ereignis getauft wurde, das man uns in dieser ersagelagerten Kriegszeit an Stelle der früheren guten „Marmelade“ verkauft. Ein und zugekauenes Schreiben einer Hausfrau gibt dem „Kriegsmus“ nach ihren Erfahrungen eine so gallinge Begriffsbestimmung, daß wir auf Wiedergabe verzichten müssen.

Mübenstrup und Puddingpulver.

Vom Magistrat Charlottenburg wird jetzt Mübenstrup und Puddingpulver auf Lebensmittelkarten verkauft. Das Puddingpulver stellt sich auf 2,30 M. das Pfund. Puddingpulver ist nur eine wenig gefärbte Stärke. Wie kommt, so fragt der Kriegsausschuß für Konsumanteninteressen, der hohe Preis zustande? Kartoffelmehl ohne Futaten wäre für die Hausfrau viel wirtschaftlicher und dürfte nicht entfernt 2,30 M. kosten. Tatsächlich leidet auch die einfindige Hausfrau den Erwerb einer solchen Augen und Magen schädlichen Nahrung ab. Der Mübenstrup kostet das Pfund 40 Pf. Er ist als eine dünne Brühe von widerwärtigem Geschmack. Die Brühe enthält etwas Zucker und viel Wasser, den Zucker in robbeter, ungerührter Form. Keiner wasserfreier Zucker kostet das Pfund 82 Pf. Woher kommt der unwirtschaftliche Struppreis? Das Puddingpulver und der Strup sind Beispiele der Kriegsteuerung und sind, weil sie vom Magistrat kommen, sehr geeignet, die Zwecke dieser Kriegsteuerung zu ermitteln und zu beseitigen. Wir fragen, wer hat an diesen Dingen verdient? Zunächst würde der Magistrat Charlottenburg, in dessen Verwaltung die wirtschaftlich bedenklichen Erscheinungen auftraten, sich zu äußern haben. Nachher wird der Kriegsausschuß für Konsumanteninteressen gern weiter forschen.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Auf Abschnitt Nr. 47 der Lebensmittelkarte entfallen 200 Gramm Mehl und auf Abschnitt Nr. 48 200 Gramm Graupen oder Gröhe. Die Abschnitte sind am 17., 18. und 19. März in den durch besondere Verkaufsleiter gekennzeichneten Kleinhandelsgeschäften gegen Empfangsbescheinigungen abzugeben. Die Ware wird dann nach Ablauf der üblichen Frist dort zur Verfügung stehen.

In der Zeit vom 19. bis 31. März darf auf Abschnitt 16 der Karte ein Ei entnommen werden.

Der Umtausch von Fleischkarten gegen Seugscheine auf andere Lebensmittel (Graupen oder Grieß oder Teigwaren) findet für die neue am 19. März beginnende Fleischkarteperiode in der Zeit vom 19. bis 31. März durch die zuständigen Protokommissionen in deren Geschäftsräumen statt. Für die Fleischkarten werden wieder Seugscheine auf wöchentlich 375 Gramm, für die Kinderkarten solche auf wöchentlich 200 Gramm Graupen oder Grieß oder Teigwaren ausgedrückt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art dieser Waren besteht nicht. Die Ware kann in den 93 durch Ausschuss kenntlich gemachten Verkaufsstellen gegen Abgabe des für die betreffende Woche gültigen Seugscheins abhändigt werden. Umtauschberechtigt sind diejenigen, welche sich in die Liste der zuständigen Protokommission eingetragen, beim Magistrat, Abteilung für Lebensmittelversorgung, den Umtausch beantragt haben. Wer, ohne dies getan zu haben, jetzt nachträglich den Umtausch vorzunehmen wünscht, kann beim Magistrat, Abteilung für Lebensmittelversorgung, Stralauer Str. 3/6, unter Vorlage der Fleischkarte einen entsprechenden Antrag stellen.

„Hausmannsloft“. Max schreibt uns: In großen Berliner Nahrungsmittelgeschäften werden neuerdings aus der Konterbandfabrik von Paul Lohmann in Lübeck Konterbandbäcker vertreiben mit der Aufschrift: „Hausmannsloft“. Arakische, tafelfertige, zusammengebackene Eten! Ich kaufe eine Halbpfundpackung zum Preise von 90 Pf. Was aber laud ich in der Packung? Zusammengebackene Kohl- und Futterrüben! Kaum ein Kind könnte davon satt werden, Liebers dies war der Inhalt angefüllt. Lügen die Lügen die Aufschrift „Kohl- und Futterrüben“, dann würde sie kein Mensch kaufen. Was sagt dazu das Kriegswuchertum?

Die Verkehrsentwicklung in Groß-Berlin

wird am deutlichsten illustriert durch die großen Mehrnahmen der Verkehrsleistungen. Die Große Berliner Straßenbahn (die allein eine Verkehrsleistung von über 6 Millionen Mark hat), die Hoch- und Untergrundbahnen, Stadt-, Ring- und Vorortbahnen würden noch weit höhere Einnahmen erzielen, wenn sie den Verkehr erleichtern und mehr ausgebaut würden. Wer täglich auf diese Verkehrsleistungen angewiesen ist, weiß, wie un bequem die Benutzung vieler Verkehrsmittel ist und daß man in vielen Fällen darauf verzichten muß. Tausende von Berlinern und ebenso viele Auswärtige haben schon auf das Umsteigen vom Bahnhof Warschauer Brücke zur Hochbahn mit Nacht häufig klagend. Die viel Unfälle sind dort schon in der die beim Steigen der Treppen und Ueberstürzen der Brücke vorgekommen!

Der Bahnhof Warschauer Brücke wird jetzt zu einem Hauptbahnhof umgebaut und obgleich schon von Technikern Pläne für die bessere Verbindung der genannten Bahnhöfe angefertigt worden sind, geschieht nichts. Der jetzige Zustand erweist sich besonders in diesem Winter als geradezu trübsal, oft lebensgefährlich für weibliche Fahrgäste und wird mit der Zunahme des dort wachsenden Verkehrs natürlich nicht besser. So wie am Bahnhof Warschauer Brücke ist es leider überall in Groß-Berlin. Keine Verkehrsanstalt nimmt irgend welche Rücksicht auf die andere und noch weniger auf das reisende Publikum. Die Zustände auf den Berliner Bahnhöfen sind unglücklich rückständig. Wie die Fahrgäste zu den Bahnhöfen gelangen, wie sie mit ihrem schweren Gepäck von einem Bahnhof zum anderen kommen, ob sie Anschläge erreichen, Termine besäumen, Zeit vergeuden und dergleichen mehr, das ist den Anstalten anheimelnd gleichgültig.

Hilfsdienstleistungen für die technischen Berufe. Im Bezirk des Oberkommandos in den Marken ist durch den Kriegsausschuß der technischen Verbände nach Verhandlung mit dem Kriegsausschuß für die Werbung von Ingenieuren, Architekten, Chemikern, Technikern, Werkmeistern, Zeichnern usw. eine Hilfsdienstleistungsstelle errichtet worden. Sie befindet sich Berlin NW 12, Borsigstr. 7.

Berufserhebung Ostern 1917. Man schreibt uns: Die Zentralstelle für Stellenvermittlung, Berlin SO. 16, am Südlichen Post 3, hält für die Eltern der Ostern zur Schulentlassung kommenden Knaben und Mädchen Sprechstunden ab, too ihnen in unparteilicher Weise nachgehörter Rat über die Berufswahl ihrer Kinder erteilt wird und Befehle nachgewiesen werden. Die Zentralstelle verfügt zurzeit über zahlreiche Lehrstellen aus fast allen gelehrten Berufen. Die Sprechstunden sind wochentags von 9-12 und 4-7 Uhr, sonntags von 10-1 Uhr.

Die Bedränge von Charlottenburg und Schöneberg wollen sich bei dem Städtischen Arbeitsnachweis, die Bedränge aus dem übrigen Groß-Berlin bei der Zentralstelle für Groß-Berlin (siehe oben) melden.

Schulentlassung und Berufswahl. Eltern, deren Kinder jetzt die Schule verlassen und in einen Beruf eintreten, empfehlen wir die kleine Schrift von Dr. J. Gadel: „Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf“. Es gibt kaum eine zweite Frage, die so tief in das Leben des Arbeiters einschneidet, wie die

Frage der Berufswahl. Lebenshaltung, innere Befriedigung, die Möglichkeit der Gründung und Erhaltung einer Familie, alles hängt von der richtigen Wahl des Berufes ab. Dazu kommt aber auch die körperliche Eignung, die heute leider nur eine untergeordnete Bedeutung findet. Alle diese Fragen sind in dem kleinen Heft behandelt, das in allen Verteilungsbüchereien für 30 Pf. zu haben ist oder gegen Einzahlung von 25 Pf. von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 65, Borsigstr. 3, bezogen werden kann.

Aus einem russischen Gefangenenlager erhalten wir folgenden Kartentext: „Wir Untergeordneten senden zu die sozialdemokratischen jungen Berliner Wädel die besten Grüße aus weiter Ferne. Sewel geht's und allen gut, und möge uns ein baldiges Wiedersehen in unserem geliebten Berlin bescheid sein!“ Folgen 11 Unterchriften! Zudem wird die Grüße hiermit an die gewählten Adressen weitergegeben, rufen wir den gefangenen Genossen ein herzliches „Auf Wiedersehen“ zu. (2)

Stadtgemeinde und Kriegsausschuß. Der Magistrat Berlin hat beschlossen, für die städtische Sparkasse zu der neuen Kriegsanleihe 60 Millionen Mark zu zeichnen. In dem früheren Reichskriegsanleihen waren von dem Magistrat für die Sparkasse insgesamt 265 Millionen Mark gezeichnet worden, so daß mit den neuesten Zeichnungen, z. B. aus Stiftungsmitteln usw., von der Stadtgemeinde Berlin insgesamt rund 300 Millionen Mark gezeichnet wurden.

Lagerbücher für Schuhwarenhandler. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß alle Schuhwarenhandler ein Lagerbuch zu führen, monatlich abzuwickeln und der Reichsbefehlungsstelle am ersten jeden Monats den festgestellten Bestand zu melden haben. Die Vorbrude für diese Lagerbücher können die Geschäfte von der zuständigen Handels- oder Handwerkskammer beziehen.

Die Benutzung von Krankenwagen. Vom Magistrat wird uns mitgeteilt: Es ist vielfach beobachtet worden, daß ganz leicht Kranke oder Leichtverletzte mit einem Krankenwagen sich ins Krankenhaus befördern lassen, so daß für wirklich Schwerverrannte es schwierig ist, bei dem Mangel an Pferden Krankenwagen schnell zu beschaffen. Die Bevölkerung und Polizei möge dahin wirken, daß die Anforderungen von Krankenwagen nur auf wirklich dringende Fälle beschränkt werden.

Die Stadt Berlin als Erbin. Die am 22. Februar 1916 verstorbene Frau Auguste von Feigl geb. Gersmann hat die Stadt Berlin zur Erbin eingesetzt. Die Finsen des Nachlasses sollen Verwendung finden, um verwaisen oder unbemittelten jungen Männern eine höhere Ausbildung zu ermöglichen. Bevorzugt werden sollen solche jungen Leute, die Juristen oder Ärzte werden oder in einem anderen akademischen Beruf sich ausbilden wollen. Die Unterstützung soll nicht nur während der Studienzeit gewährt werden, sondern auch darüber hinaus, bis sie sich selbst zu erhalten imstande sind. Der Magistrat hat die Annahme der Erbschaft beschlossen. Der Nachlaß beläuft sich auf etwa 350 000 Mark.

Der Mitgliederbestand der Berliner Krankenkasse, die dem Magistratskommissar unterstellt ist, hat sich im verflochtenen Jahre bedeutend gehoben. Am 1. Januar 1916 waren 764 687 eingeschriebene Mitglieder vorhanden; am 1. Januar 1917 aber 806 084, darunter fast 60 000 freiwillige Mitglieder gegen 57 000 vor einem Jahre.

Impfungen an Sonntag. Um auch denjenigen Personen Gelegenheit zu geben, sich impfen zu lassen, die an den Sonntagen verhindert sind, werden jetzt auch Sonntags in den städtischen Badeanstalten zumit. 85a, Borsigstr. 84 und Oberberger Str. 67/68 Impfungen von 10-12 Uhr abgehalten werden.

Zeuge vernicht. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, daß die Bestandnahmen für Schuhwaren keinen Einfluß auf den freien Verkehr mit Schuhwaren selbst einwirken würde.

Verhaftung einer fälschlichgeprägten Dicks- und Heberbande. Die Stadtbefehlungsstelle konnte nach umfangreichen Beobachtungen sämtliche Mitglieder einer Dicks- und Heberbande festnehmen, auf deren Konto eine Anzahl großer Einbruchdiebstähle kommen. Es handelt sich um fünf Einbrecher und deren Helfer. Den Dieben fallen u. a. zwei große Einbrüche in der Kogelstraße und am Varifer Platz zur Last, bei denen sie für viele Tausend Mark Pelzwaren erbeuteten. Ferner haben sie den Einbruchdiebstahl in den Lagerräumen des Vereins für Kind- und Volksschulen in der Schaperstraße verübt, bei dem ihnen große Mengen Kalas und andere Lebensmittel im Gesamtwerte von mehr als 12 000 M. in die Hände fielen. Der Haupthehler war ein Hühnerberger Gastwirt, der wiederum eine Anzahl Helfer-Helfer beizug. Den Hehlern wurde, noch eine Diebstehende im Gesamtwerte von 50 000 M. abgenommen.

Geldstrafenbrecher bei einem Selbstmörder. In der Brunnenstraße 43 betriebe der 61 Jahre alte frühere Gerichtsvollzieher Hellf. Carlisch eine Handkette. Der Mann lebte in guten Verhältnissen, wurde aber schweermütig, seitdem seine Frau sich in einer Irrenanstalt befand. Er ärgerte wiederholt, daß das Leben für ihn keinen Wert mehr habe und daß er ihm ein Ende machen werde. Seit Sonntag kam er nicht mehr zum Vorzeichen. Man fand ihn schließlich in seiner Wohnung erschossen auf. Die Wohnung wurde einstweilen beschlagnahmt, um als man sie Donnerstag wieder öffnete, ergab sich, daß Geldstrafenbrecher in der Handkette gefangen waren und für 5-10 000 M. Wert- und Schmuckgegenstände gestohlen hatten. Der ganze „Arbeits“ nach handelt es sich um gewerbsmäßige „Anker“.

Sonntagsarbeit in Deutscherien. Der Oberbeihilfsleiter in den Marken hat bestimmt: An Sonn- und Festtagen darf der Betrieb in Lehrlingsbetriebe, soweit es sich um die Geheer- und Streckenarbeiten handelt, statt um 10 Uhr abends bereits um 9 Uhr angeschlossen werden. Für den Beginn der Druckarbeiten tritt eine Änderung nicht ein.

Abfluß des Baumgases von den Bürgersteigen. Der Berliner Polizeipräsident gibt bekannt: Wegen der eingetretenen Tauwetters erlaube ich die Hausbesitzer, die auf dem Bürgersteige aufgeschütteten Schneemassen in Abständen von je 5 Metern und Breite von je 30 Zentimeter zu durchlöchern und nach Möglichkeit auch die Abflüsse des Straßendamms über der Bordsteigkante in der Breite von 60 Zentimeter von Schnee und Schmutz zu befreien, um auf diese Art dem auf dem Bürgersteig sich aufammelnden Schneewasser Abfluß zu gebühren.

6000 Proskarten geflohen. In der Städtischen Protokommission I an der Schloßstraße wurde in der Nacht zu Freitag ein Einbruch verübt, wobei den Dieben 6000 Proskarten in die Hände fielen.

Kur auf ein Strickchen. Ein Landeseinbrecher und Schwindler betätigte sich im 19. Jahre als Hebelgehilfe Anton Finger, der Donnerstag von der Reichsbefehlungsstelle festgenommen wurde. Finger, der aus der Hebelgeheimnis entlassen war, trieb sich seitdem in Potsdam und Umgebung herum und machte dort mit einem 18 Jahre alten Arbeitsbuchführer Erich Schäfer zusammen die Landeseinbrecher unheimlich. Danach verübte er allerhand Schwindel. So kam er zu einer Händlerin, klagte ihr, daß er eine Kuhle zu beorgen habe und kein Fußwert aufstreuen könne, und hat sie, ihm ihr Gepäck „nur auf ein Strickchen“ zu leihen. Die Frau gab ihm erlos ihr Gepäck mit. Finger aber verkaufte das Gepäck sofort für 500 M. an einen Händler und ließ den Bagen stehen. Durch diesen Streich kam die Kriminalpolizei ihm und Schäfer auf die Spur, nahm gestern beide fest und führte sie dem Untersuchungsrichter vor.

Aus den Gemeinden.

Aus der Pankower Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung wurden die Kanalisationsgebühren für das Rechnungsjahr 1917 wieder auf 2/4 Proz. festgesetzt. — In stimmberechtigten Vertretern im Verbands der größeren preussischen Landgemeinden wurde außer dem bürgerlichen Vertreter auch Genosse Schmidt gewählt. — In der Schuldeputation war vom Genossen Schmidt angeregt worden, die vorgesehenen völlig unzureichenden Mittel für Unterhaltung und Anschaffungen der Schulbibliotheken der Gemeindegemeinden aufzubessern. Die Vertretung hatte sich infolgedessen mit einer Vorlage zu beschäftigen, wonach die Restoren der Schulen die zur Verfügung stehenden Mittel um 50 Proz. überschreiten können. Nach Begründung durch Stadtrat Stawitz trat Genosse Schmidt sowie auch der bürgerliche Vertreter Wöhe in einträchtiger Weise für die Vorlage ein, worauf diese einstimmig Annahme fand. — Der Arbeiter-Samariterbund (Kolonne Groß-Berlin) hatte sich mit einem Besuch um eine Beihilfe an die Gemeindeförperschaften gewandt. Nachdem Genosse Schmidt Hwed und Wirlen des Arbeiter-Samariterbundes dargelegt und das Geleit unter Hinweis auf die außerordentliche Wichtigkeit und Nützlichkeit derartiger Bestrebungen gerade in der jetzigen Zeit warm befürwortet hatte, bewilligte die Vertretung einstimmig eine Beihilfe von 50 M. — Aus der sich an die Tagesordnung knüpfenden umfangreichen Lebensmitteldebatte ist hervorzuheben, daß die Lebensmittellieferung ernsthaft bestritten ist, nach Möglichkeit die Versorgung sicherzustellen und Lebensmittel so reichlich als tunlich zur Verteilung zu bringen, daß aber erst für die Monate April und Mai auf reichliche Heranzugabe zu rechnen ist. — Zur Verhütung der Bevölkerung wurde noch mitgeteilt, daß bisher in Pankow noch kein Hottub-Pocken aufgetreten sei und Maßnahmen zur Impfung für die nächste Zeit in Aussicht ständen.

Steglitz bleibt bei 175 Proz. Einkommensteuerrückschlag. Der Etat des Haushaltsplans schlägt in Einnahme und Ausgabe mit 10 805 750 M. ab. Sämtliche Steuerlätze sind die gleichen wie im Vorjahre, nur die Kanalisationsgebühr, die im Vorjahre von 1 auf 2 Proz. erhöht wurde, ist auf 1,5 Proz. ermäßigt worden.

Erweiterung der Steglitzer Volkshaus. Die vierte Kriegsvollstreckung wird am Montag im Sünder Ortsteil, Stephanstr. 34, Ecke Dalkstraße, eröffnet. Der Vorverkauf der Speisemarle erfolgt am Sonnabend von 11—2 Uhr in der Küche. Die Eröffnung der fünften Küche, im westlichen Ortsteil, zu der die Gemeindevertretung die Mittel schon bewilligt hat, dürfte auch nicht mehr lange auf sich warten lassen. In den bisher in Betrieb genommenen drei Küchen wurden täglich über 9000 Portionen ausgegeben.

Lebensmittelverteilung in Steglitz. Vom Sonnabend bis Dienstag gibt die Gemeinde pro Kopf der Bevölkerung ein Ei ab, und zwar zunächst auf Abschnitt 1 der blauen Lebensmittelkarte. Reich der Vorrat weiter, dann wird auf Abschnitt 18 verkauft. Wer keine Kartoffeln erhalten hat, kann auf die Kartoffelkarte 900 Gramm Gebäck entnehmen.

150 Proz. Zuschlag in Tempelhof. In den Gemeinden Groß-Berlins mit den niedrigsten Steuerlätzen gehört auch Tempelhof. Die Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung einstimmig den neuen Haushaltsplan festgesetzt und dabei den Zuschlag zur Einkommensteuer mit 150 Proz. unverändert gelassen. Auch die übrigen Steuerlätze wurden nicht erhöht. Der Voranschlag der ordentlichen Verwaltung schlägt mit 2 951 000 M., der der außerordentlichen Verwaltung mit 32 000 M. ab. Ferner stimmte die Gemeindevertretung der Erweiterung der Kriegsvollstreckungsanstalt in der Dalkstraße zu, die sich steigender Benutzung erfreut.

Lebensmittelverkauf in Reinickendorf. Diejenigen Einwohner des westlichen Ortsteils, welche bei der bisherigen Eierverteilung

nicht berücksichtigt worden sind, können in den nächsten Tagen die auf sie entfallenden Eier (pro Person ein Ei) bei ihrem Futterlieferanten decken. Vom 22. März ab können bei den Lebensmittelhändlern und in den Läden der Konsumgenossenschaft ab Abschnitt 34 125 Gramm Hafergrüße zum Preise von 11 Pf., auf Abschnitt 35 125 Gramm Graubrot zum Preise von 7 1/2 Pf. und auf Abschnitt 36 125 Gramm Teigwaren (Ausgangsware 18 Pf. und Wasserware 18 Pf.) entnommen werden. Die Abschnitte müssen spätestens bis zum 19. März bei dem Händler abgegeben werden, von dem die Waren entnommen werden sollen. Der Händler hat den Empfang der Abschnitte zu quittieren und gegen Rückgabe der Quittung die Waren den Bestellern auszuhandigen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Parteigenossen und Genossinnen!

Werbt neue Mitglieder. — Führt dem „Vorwärts“ neue Leser zu. — Zahlt Eure Beiträge!

Die Versammlungen und Zusammenkünfte unserer Parteimitglieder nehmen einen erfreulich guten Verlauf. Der Besuch nimmt zu und die Diskussionen werden lebhaft und sachlich geführt. Lieberall hört man Genugtuung darüber, daß der leidige Parteistreit nicht den ganzen Abend ausfüllt, daß wieder sachliche Auseinandersetzung gepflogen werden kann. Nach Lage der Sache ist es natürlich nicht leicht, Mitglieder zu werben; große Rekrutierungsgebiete sind nicht vorhanden. Desto mehr muß der einzelne sich anstrengen, neue Anhänger und zuzuführen.

Die Agitation für unsere Zeitung, den „Vorwärts“, darf nicht vernachlässigt werden. Jeder neue Leser verstärkt den Einfluß des „Vorwärts“. Einfluß und Macht setzt sich um in Rechte und Vorteile. Die nach dem Kriege kommenden schweren Kämpfe können nicht geführt werden ohne ein weitverbreitetes und geschäftiges Organ.

Pflicht der Mitglieder ist es, ihre Beiträge regelmäßig und pünktlich zu leisten. In den Versammlungen und Zusammenkünften werden Beiträge entgegengenommen. Die von unserer Parteiorganisation eingeführte Marke hat dies Aussehen:



Für die weiblichen Mitglieder sind nach dem gleichen Muster 20-Pfennig-Marken vorhanden. Alle anderen Marken, die man hier und da den Genossen aufzubringen sucht, sind zurückzuweisen.

Eine Ausnahme hiervon bildet der Kreis Teltow-Seeow. Hier haben bis auf weiteres noch die alten Marken ihre Gültigkeit.

Fünfter Wahlkreis. Am 14. d. M. fand in den Unionsäulen, Greifswalder Straße, eine stark besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher Landtagsabgeordneter Genosse Hirsch über Preußen in Deutschland sprach. Nach dem Vortrage nahm die Versammlung eine Resolution einstimmig an, in der sie der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags ihr Einverständnis mit der von dieser vertretenen Politik aussprach. Während der Versammlung wurde unter dem Jubel der Anwesenden das Wahlergebnis von Potsdam-Dithowelland mitgeteilt. Der Vorsitzende gab

dann ein von den Parteigenossen im fünften Kreise verbreitetes Flugblatt bekannt, das große Heiterkeit hervorrief. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde die Versammlung geschlossen.

Oberschönweide. Sonntag, den 18. März, findet im Lokal von Labewig eine Mitgliederversammlung mit Vortrag statt, zu der alle Genossen, die zur Sozialdemokratischen Partei halten, eingeladen sind.

Jugendveranstaltungen.

Röpenitz und Söhdorf. Heute Sonnabend, 9 1/2 Uhr, in Söhdorf im Stadthotel: Frühjahrsfeier der Arbeiterjugend von Röpenitz und Söhdorf, wozu die Parteigenossen und -genossinnen freundlich eingeladen sind. Eintritt 20 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die literarische Sprechstunde findet für Abonnenten Söhdorf, 3. 1. Sol (mit), parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Unterscheidungszeichen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentwöhnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. 106. 1. Rein, da gegenwärtig keiner aktiv dient. 2. 1,50 M. für den Tag. — **N. 97.** 1. Die Gerichtsbarkeit ist um die Kriegszeit verlängert. 2. Wenn es sich um Geschäfte des täglichen Lebens handelt, läuft in 2 Jahren. 3. Rein. 4. Auch das ist erst nach Entlassung des Schuldners aus dem Heeresdienst möglich. 5. Durch Zahlungsbefehl. 6. Das Amtsgericht des Ortes, in dem der Schuldner seinen Wohnsitz hat, ist zuständig. — **73 Reutlingen.** Sie können jeden Tag eingezogen werden. Das Gültigkeitsgesetz hat damit nichts zu tun. Auf Grund des G. D. G. wird der Kassenangehörige aus seiner bisherigen Tätigkeit nicht entfernt. — **C. S. Grebersdorf, 10.** Sie sind dem Vorkrieg gegenüber zum Ersatz der Schäden verpflichtet und können nur Ersatz der Kosten vom dem verlangten, der Ihnen den Schaden zugefügt hat. Klage können Sie gegen diesen erst erheben, wenn er aus dem Heeresdienst entlassen ist. — **B. L. Bechler** wäre beim Kreisamt für den Kreis Teltow, Berlin, Bezirksamt 17, einzulegen. — **N. 9. 125.** 1. Wahrscheinlich besteht in dem dortigen Kreise auch ein Aufnahmeverbot, schon deshalb können Sie sich die Saatkartoffeln nicht leisten lassen. 2. Antrag wäre an den Magistrat, Rummelstreuerteilungsbüro, zu richten. — **H. 2. 12.** Ja. — **G. 34.** Unterstützung fand Ihnen noch bis zum 15. Februar zu. Sollte dies möglich sein, so zum 1. Februar ab zahlen. Zur Zahlung der Kirchensteuer sind Sie verpflichtet. — **M. 2.** Sie unterliegen dem Hilfslosengesetz und müssen sich melden.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden Bei Einkäufen empfohlen.	Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten Erscheint wöchentlich einmal. Bei Einkäufen empfohlen.
Drogen, Farben Bendendorfer Fleisch- u. Wurstw. Gelschmanns Centr. Wagner, Dem., Knub. u. Mischen-Gard. O. Hoffmann Kolonialwaren M. Saegerharth Möbelhandlungen C. E. Fink, Pankstr. 92. Möbelmagazin Wiese & Co.	Butter, Eier, Käse P. N. Ackermann, 8 Filialen Molkhandlung Joh. Pleisch Photograph. Ateliers Hayn, Frankfurt, Allee 92. Ringsh. Frank, Allee Th. Wenzel Schuh- u. Besohlenarbeiten J. Helmrich Warenhäuser

Warenhaus Wilhelm Stein

70-71 Chausseestrasse ♦ BERLIN N. ♦ Chausseestrasse 70-71

Wirtschaft Porzellan Porzellan Emaille

- | | | | |
|-----------------------------------------|---------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------|-------------------------------------|
| 1 Fleischbrett gross 95 Pf. | 4 Kaffeebecher mit bunter Kante 95 Pf. | 1 Kaffeekanne m. Rosenkante 95 Pf. | 1 Küchenschüssel 95 Pf. |
| 1 Eierschrank 95 Pf. | 3 Mittelteller mit bunter Kante 95 Pf. | 3 Paar Tassen m. Rosenkante 95 Pf. | 1 Klosettbürstenhalter } 95 Pf. |
| 1 Waschbrett 95 Pf. | 4 Mittelteller für 2 Personen, durchbrochen 95 Pf. | 1 gr. u. 6 kl. Kuchenteller bunt 95 Pf. | 1 Wassermass } 95 Pf. |
| 1 Fleischbrett } 95 Pf. | 3 Paar Tassen dünnes Porzellan mit bunter Kante 95 Pf. | 4 Paar Tassen blau 95 Pf. | 1 Kaffeekanne } 95 Pf. |
| 1 Fleischklopper } 95 Pf. | 2 Paar Tassen, groß, dünnes Porzellan mit bunter Kante . . . 95 Pf. | 4 Stück Brotteller blau 95 Pf. | 1 Kaffeetrichter } 95 Pf. |
| 1 Toil.-Papierhalt. mit Spieg. } 95 Pf. | 1 Butterglocke bunt 95 Pf. | 4 Paar Tassen mit Goldrand 95 Pf. | 2 Kaffeeflaschen 95 Pf. |
| 1 Rolle Papier } 95 Pf. | 5 große Kaffeebecher bunt. 95 Pf. | 1 Kaffeekanne u. 1 Milchtopf bunt 95 Pf. | 1 Nachtgeschirr 95 Pf. |
| 2 Fleischbretter 95 Pf. | 1 Kaffeegeschirr für zwei Personen, Goldrand 95 Pf. | 2 Paar Tassen u. 1 Zuckerdose 95 Pf. | |
| 1 Küchenkonsol 2 teilig 95 Pf. | 6 Kaffeebecher bunt 95 Pf. | 1 Kuchenteller mit Rosenkante 95 Pf. | |
| 1 Handtuchhalter mit Einlage 95 Pf. | 2 Speiseteller mit Kleekante, tief 95 Pf. | 3 Brotteller mit Rosenkante . . 95 Pf. | |
| 1 Küchenbrett mit Haken . . . 95 Pf. | 2 Speiseteller m. Kleekante flach 95 Pf. | 1 Butterglocke mit Rosenkante 95 Pf. | |
| 1 Handfeger 95 Pf. | 4 Mittelteller mit Kle. kante . . 95 Pf. | 2 Speiseteller tief, m. Goldrand 95 Pf. | |
| 1 Kopfbürste 95 Pf. | 1 Kaffeegeschirr für 2 Personen bunt 95 Pf. | 2 Speiseteller flach, m. Goldr. 95 Pf. | |
| 1 Kleiderbürste 95 Pf. | 1 Satz Milchtopfe mit Kleekante für 6 Stück 95 Pf. | 3 Mittelteller mit Goldrand . . 95 Pf. | |
| 1 Blankbürste 95 Pf. | 1 Kaffeekanne bunt 95 Pf. | 3 Paar Tassen m. Rosenkante 95 Pf. | |
| 15 Pakete Blitzblank 95 Pf. | 1 Zuckerdose u. 1 Milchtopf bunt 95 Pf. | 2 Mittelteller durchbrochen, mit Rosenkante 95 Pf. | |
| 1 Eiversandkarton für Eier 95 Pf. | 6 Paar Tassen bunt 95 Pf. | 6 Portions-Obertassen 95 Pf. | |
| 1 Spirituskocher 95 Pf. | 1 Kinder-Speisegeschirr mit 2 Tell. 95 Pf. | 7 Bierbecher hohe Form . . . 95 Pf. | |

Galanterie - Nippes

- 2 Postkarten-Rahmen . . . 95 Pf.
- Kab.- u. Griseldis-Rahmen 95 Pf.
- Postkarten-Rahmen . Stück 95 Pf.
- Rasiergarnitur 95 Pf.
- Glasvasen 95 Pf.
- Ostereier Stück 95 Pf.
- 1 Rasier-Apparat m. 12 Kl. im Karton 95 Pf.
- 12 Kl. extra 95 Pf.

Schreibwaren

- 1 Karton Briefpapier 25 Bog. 25 Kuv. 95 Pf.
- 1 Mappe Lein.-Papier 25 Bog. 25 Kuv. 95 Pf.
- Ordnungsmappen 95 Pf.
- Postkarten-Album 95 Pf.
- Portemonnaies für Herren oder Damen 95 Pf.
- Brieftaschen 95 Pf.

Beleuchtung

- 3 Glühstrümpfe für Stehgas 95 Pf.
- 2 Glühstrümpfe für Hängegas 95 Pf.
- 1 Zünder } 95 Pf.
- 1 Ersatzstein } 95 Pf.
- 2 Gaszylinder } 95 Pf.

Parfümerien

- 2 Pakete Waschpulver . . . 95 Pf.
- 15 Pakete Blitzblank 95 Pf.
- 1 Haarbürste 95 Pf.
- 1 Auftragbürste u. 1 Blankb. 95 Pf.
- 1 Zahnbürste u. 1 Schil. Zahnpl. v. 95 Pf.
- 3 Rollen Toilettepapier . . . 95 Pf.
- 2 Topfreiniger u. 1 Loofahgurke 95 Pf.
- 6 Rasierklingen 95 Pf.
- 1 Flasche Köln. Wasser . . 95 Pf.
- 2 Flaschen Köln. Wasser . . 95 Pf.

Kartoffelpuffer.

Von Heinrich Reichenau.

Sei Gott, wie es meine Frau angefangen hatte, zu Zeit und Kartoffeln zu kommen! Als ich noch Hause kam, war sie dabei, Kartoffelpuffer zu backen. Die Küche erfüllte ein scharfer Geruch.

„Kühe!“ rief meine Frau. „Spizt Euch nur nicht! Mehr wie zwei wird feins kriegen!“

„Geld waren die zwei verpeist. Die Wahrheit zu sagen, war es nur wenig mehr als einer. Den Löwenanteil an dem zweiten hatte mir das kleine Volk abgeföhmeitelt. Da fiel mir die Geschichte ein.“

Auch das Land, in dem es Kartoffelpuffer in Hülle und Pille gab, stand in allen Einzelheiten vor mir. Es ist das kleine erzgebirgische Dorf. Da sitzt der Bach durchs Tal, da läuft die Dorfstraße. Dort drüben steigt das Gütchen meines Vaters. Und richtig, da liegt auch noch die Hütte Riffengottlobes. Ein Wunder, daß sie noch immer dort steht! Und damals — es sind nun bald dreißig Jahre her — sagte mein Vater an den Abenden, an denen der Herbststurm die Standhaftigkeit unserer Wägen erprobt:

„Wenn nur Riffengottlob nicht vergift, sein Häusel anzuhängen!“

Und als ich ihn das erstmal, da ich das hörte, erstaunt und fragend ansah, meinte mein Vater:

„Ja, ja, er muß es anbinden, daß es der Wind nicht nimmt! In den Holzspindelbaum!“

Heute weiß ich allerdings, daß Riffengottlob seine Hütte nie angebunden hat. Er war zeitlebens für das Ungebundene, und dann haben ihn in seinem Leben so viele Stürme geschüttelt, daß er zu der Zeit, als mein Vater das behauptete, wohl den Respekt vor den Stürmen verloren hatte.

Wäre er nicht so für das Ungebundene gewesen, so hätte er da oben auf der Mühle sitzen können. Aber die hatte er durchgebracht. Dann hatte ihn seine königliche Ungebundenheit zu häufigen Streifen in die königlichen Jagdgründe verurteilt, die dort oben lagen, und von denen die Bauern selbst sagten, daß in diesen Gründen die Hirsche besser gepflegt würden, als sie ihre Lehen pflügen konnten.

Eine Weile ist das gut gegangen. Dann aber ist die verfluchte Geschichte mit dem Hilsfänger passiert, die Riffengottlob für ein paar Jahre an einen Ort brachte, wo es keine Mühlen und Wälder und Hirsche gibt, trotzdem er (wer ermüdet die Fronte der Taffachen?) Waldheim heißt.

In diesem Orte hatte Gottlob die Schusterlei gelernt. Als er beinigeleht war, trieb's ihn doch wieder in den Wald. Er bestingte sich als Waldarbeiter, trotzdem er Anloß hatte, auf Körper und Hilsförster Ideal zu bilden. Er hielt aber aus, bis ihm die Fichte das Bein zerstückte. Nun erst stieg er (versteht sich, nachdem das Bein zusammengesetzt war) zu den Bauern in das Tal und stellte in seiner Hütte Schusterhand und Schemel auf. Bei den Bauern hatte ihm die Geschichte mit dem Hilsfänger nicht geschadet. Gottlob bekam die Bauernstiele zu beloben und Gottlob wurde geholt, wenn mit Verdien und Nindbiel etwas nicht stimmte.

Einer seiner besten Freunde war mein Vater. Heute, wo die Welt wieder in meinem Gedächtnisse lebendig geworden ist, erwacht in mir der Verdacht, daß die elende Geschichte mit dem Hilsfänger gerade den Grund zu dieser Freundschaft gelegt hat. Wenn geschachtet worden war, dann packte der Vater eine Wurst ein und Mutter tat ein paar Stücke Fleisch in den Topf. Damit mußte ich zum Gottlob.

Wenn er mir solche Anträge gab, lachte mein Vater und sagte zu meiner Mutter:

„So ein lieber Kerl, wie der Gottlob ist, aber seine Kocherei...“ Und dann erzählte er haarsträubende Geschichten aus Gottlob's Junggelesen-Küche, bis meine Mutter böle wurde oder aus der Stube lief.

Ich aber hörte schaudernd zu. Und wenn es mir auch schon damals zweifelhaft erschien, daß Gottlob in stürmischen Nächten vorzüglich sein Häusel ansehe, die Geschichten aus seiner Küche fanden selber durch den Augenschein mancherlei Bestätigung.

Es war an einem Abend im April. Mein Vater rief mich aus der Stube in den Hof hinaus. Er war aus dem Felde gekommen. „Gib doch schnell zum Gottlob herunter und hole mir meine Stiefel. Ich muß morgen in die Wiesen.“

Als ich in Gottlob's Hütte kam, empfing mich ein angenehmer Duft. Wachtig, Riffengottlob auf Kartoffelpuffer.

Ich sagte „guten Abend“ und forderte meines Vaters Langschäfte. Gottlob nahm die Lampe von der Wand, ging hinüber auf

die andere Seite der Stube, wo sich der Schusterhimmel spreizte, und holte die Luggelme von Stiefeln aus der Ecke. Sie waren neu bestellt. Er hielt sie in die Höhe und hob sie in den Lichtkreis. Dann sagte er:

„Da ist's Dich. Ich muß sie noch ein bißchen schwärzen!“ Gottlob nahm den einen Stiefel, tauchte den Zeigefinger der anderen Hand in ein Gläschen mit schwarzem, tintenartigem Zeug und fuhr mit dem Finger rund um den Rand der Sohle herum. Im Nu war der grauschimmernde Rand tiefschwarz. Dasselbe wiederholte er bei dem anderen Stiefel. Dann stellte er die Luggelme auf den Boden, wuschte leicht mit dem schwarzen Finger über die blaue Schürze, nahm die Lampe und ging an den Herd, wo es in der Pfanne lebhaft zischte. Er zog die Pfanne von dem Feuer, nahm ein großes, breites Messer, hob damit die Puffer aus der Pfanne und tat sie auf einen Teller. Mit den Händen griff er in den Teig und formte neue Puffer.

Ich hatte mich erhoben. Gottlob sah mich an.

„Sag' Dich nur!“ sagte er freundlich. „Nun sollst Du auch einen Puffer haben!“ Er nahm einen von dem Teller und brachte ihn mir.

War es möglich? In der Hand, mit der er noch loebten den Stiefel geschwärzt. Ich brachte das „danke“ kaum heraus.

Da sah ich mit meinem Kartoffelpuffer. Mit den Händen, mit denen er die Stiefel schwärzte, hatte er das gemacht! Die Geschichten, die mein Vater erzählt hatte, wurden furchtbare Wahrheit.

Meine Zähne lagen fest aufeinander. Heuchel stieg es mir im Hals heraus.

Gottlob hatte sich wieder seinem Bodgeschäft zugewandt. Da war schon ein Teller hoch voll. Da stand noch eine Pfanne mit Puffern auf dem Feuer und da war auch noch Teig in dem Kofel. Kein Zweifel, Vater hatte recht, wenn er sagte: „Wenn der Gottlob anfängt zu lachen, da lacht er gleich für 14 Tage!“

Ja, Vater hatte gut lachen. Hatte er schon mal einen Kartoffelpuffer von Riffengottlob in der Hand gehabt, den er essen mußte? Und wenn schon, Vater hätte doch gelacht und hätte den Puffer hingeworfen und gesagt: „Gottlob, Du bist ein guter Kerl, aber Deine Kartoffelpuffer...“

Das Kinder nicht können, was ihre Väter können! Kinder müssen essen, wenn sie bei fremden Leuten was kriegen.

Gottlob war wieder mit seiner Pfanne beschäftigt. Er hatte das breite Messer und wendete die Puffer. Meins Augen liefen umher wie die einer gefangenen Katze.

Da — auf dem Sofa lag eine alte dicke Dede. Mein Blick ging hin zu Gottlob. Er wandte mir den Rücken zu.

Aber was ich vorhatte, das war ja ein Frevel! Das war ja Sünde! Nein, ich konnte meinen Händen nicht gebieten! Wie ein Blitz war die eine an der Dede und hob sie hoch. Die Hand mit dem Messer fuhr weit unter die Dede und ließ den Puffer an Ort und Stelle.

Eine schnelle Bewegung strich die Dede glatt. Die Zähne gingen wieder auseinander und ein tiefer Seufzer ging hindurch.

Ich — — — In diesem Augenblick wandte mir Gottlob sein freundliches Gesicht wieder zu. Und ich (Schreck!) leckte heuchlerisch die Finger. Das hätte ich aber wohl lieber nicht tun sollen. Gottlob griff nach dem Teller und nahm wieder einen Puffer.

Ich erschrak furchtbar. „Aber er biß selber hinein.“

„Na, hat's geschmeckt?“ fragte er. „Ja!“ sagte ich. „Noch heute schmeckt mich der Festigkeit, mit der es heraus kam.“

„Na“ (Gottlob griff wieder nach der Schüssel), „da hast Du noch einen!“

In der Pfanne zischte es. Bräunend und warrend. Gottlob sah nach den Puffern.

Das zweite Verbrechen ist immer leichter als das erste. Auch salblütiger ist man dabei.

Ich war im Besitz dieser Erfahrung, als auch mein zweiter Kartoffelpuffer neben dem ersten schon warm unter der Dede ruhte. Ich stand schnell auf. „Es wird schnell“, sagte ich, „ich muß gehen. Tschü!“

Mein freundlicher Vord hand die Stiefel an den Strappen zusammen und lud sie mir auf die Schulter.

Auf dem Heimwege fiel mir ein, daß ich die Puffer hätte in die Tasche stecken und draußen in den Bach werfen können. Da hätten sie die Forellen getroffen.

Aber was nützt einem alles, was einem zu spät einfällt?

Deutsches Opernhaus: „Der Postillon von Lonjumeau.“

Im Juni werden achtzig Jahre seit der Berliner Erstaufführung dieser komischen Oper des Franzosen Adam verfloßen sein. Das sie noch immer lebendig geblieben ist, verdankt sie besonders günstigen Umständen. Zunächst der frischen melodischen Musik. Dann der Titelrolle. Unzählig sind die Ritter vom hohen zweigesträgten C, die sich damit zu bereiten und Reichtümer erzwungen haben. Zumal seitdem Theodor Wachtel das rhytmische Peitschenmalen eingeführt hatte. Er und Heinrich Bötel waren auch die berühmtesten deutschen Postillone.

Dem Text ans betrachteter, wird die Schablone und Verlogenheit der übrigens raffiniert gemachten Handlung auffallen. Daß sie in die Zeit des französischen Hofes verlegt ist, erhöht ihre für die weiche Spieloper charakteristische innerliche Unwahrscheinlichkeit. Aber der Komponist hatte nur Selbstgenügsamkeit. Er konnte gegensätzliche Personen illustrieren, die verschiedensten Musiken — von der großen Kolossaluravis bis zum Tanz — durcheinander mischen und so alle Gefühlsstadien befriedigen. Denn man wollte nur unterhalten sein.

Ob nun die Wiederaufführung dieser Oper — mit anderen übergleichen — vom künstlerischen Standpunkt aus Berechtigung hat, kommt natürlich auf den Grad der in Anwendung gebrachten Mittel an. Die Charlottenburger Opernhäuser darf sich eines außerordentlichen Vorzugs rühmen. Bernhard Bötel, der Sohn Heinrich Bötels, wirkt ja an ihr. Und da ihm die Erbschaft der musikalischen Intelligenz, vor allem eines echt lyrischen, leicht ansprechenden Tenors zugefallen ist, so war ziemlich sicher, daß er als Postillon Furor machen würde, was ja nun geschehen ist. Bötel und Nizzi sind als Magdalene sind aber auch ein praktisch zusammengekommenes Sängerpaar. Und nicht minder glänzend ist ihr komischer Gegenpart: Julius Liebman (Marquis) und Eduard Randl (Schmied, dann erster Choränger).

Tromps im zweiten Akt konnte Marie Zimmermann mit Grete Margat und dem Ballettchor nach Nuzzi von Rameau's köstliche Tanzkunst offenbaren. Rudolf Kraffelt dirigierte und das Orchester spielte mit vollem Behagen.

Bade elektrisch.

Dereinst erklang der kategorische Imperativ „Kofe mit Gas“. In das „Bade elektrisch“ wird kaum heute noch jemand recht glauben wollen. Tatsächlich sind aber auch durch den Kohlenmangel in der Schweiz, wie der „Prometheus“ mitteilt, Erwägungen darüber im Gange, Bädern elektrisch zu heizen. Im Jahre 1913 war auf der Bädervereinigung in Badenweiler ein elektrisch geheizter Badesofen vorgeführt worden, der zwar allgemein als Kuriosum angesehen wurde, an dessen praktische Verwendung aber niemand glaubte. Die Bädervereinigung hat nun eingehende Versuche zur Erprobung des elektrischen Badesofens angestellt mit dem Erfolg, daß das technische Ergebnis zwar ein gutes war, aber die Betriebskosten gleichfalls recht bedeutende. Nun aber denkt man wieder an den elektrischen Badesofen, denn Kohlen sind sehr knapp in der Schweiz und Brotbaden will man doch. Dazu kommt noch, daß die Schweiz ja über ausreichende Wasserkraft zur Erzeugung von elektrischem Strom verfügt. Es hat also das elektrische Baden in der Schweiz am ehesten Aussicht auf Verwirklichung.

Notizen.

— Kunstabend. Im Rahmen der Arbeitervorlesungen der vereinigten Hochschulen wird am Sonntag, 18. Uhr abends, der zweite Volkstanzabend im Dorotheenstädtischen Realgymnasium, Dorotheenstr. 12, veranstaltet. Dr. A. Moepfen hält einen Lichtbildvortrag über „Die Kultur der türkischen Völker und wir“, Frau C. Kohl spricht über das „Türkische Frauenleben“.

— Ein Forschungsinstitut für Kriegsgeschichte. Das Kriegsinstitut der Universität Jena wird in ein selbständiges Forschungsinstitut für Kriegsgeschichte und alle damit zusammenhängenden wirtschaftlichen und kulturellen Fragen umgewandelt werden.

— Der erste Lebensmitteldiffusor. Die alte Spieltheater: wer war der erste — wird nun auch auf die Lebensmitteldiffusur angewendet. Einige wollen ihn in Joseph von Ägypten sehen, der nach der Bibel Ägyptens Viehdressurierung besorgte. Ägypten hatte von altersher genaue Lebensmittellieferung und damit zusammenhängend auch die Regulierung und Verteilung des Niveaus durchgeführt. Bei den Römern wird Cajus Gracchus zu der Ehre dieses Postens erhoben, weil er 133 v. Chr. regelmäßige Getreideverteilung einführte. Mit mehr Recht wird auch an Pompeius erinnert, der auf Vorschlag Ciceros fünf Jahre diffuse Rom's Getreideversorgung gegen die Seeräuber zu sichern und gleichzeitig die einheimische Landwirtschaft wie die Einfuhr überwahte.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Wahrenela Seyssels.

Janka lehnte den Kopf an die verschränkten Arme und sagte traurig:

„Ach, ich bin des Lebens so froh! Niemals habe ich mich felt dem Tode meines Lieben Mitterchens so glücklich gefühlt wie jetzt. Mir ist ordentlich bange.“

Halina klatschte in die Hände. „Warum denn?“ rief sie lachend. „wovor hast du Angst?“

Janka wurde plötzlich ernst. „Ich fürchte, daß mir mein Glück entschwinden könnte!“

Halina zuckte die Achseln. „Mädchen, verführe dich nicht! Dein Glück ist jetzt nicht. Wie so sollte dieser verschwinden?“

„Ich weiß nicht! Ich weiß nicht!“

In demselben Augenblick erschien Juzia mit einem Brief. Janka stürzte ihr entgegen und rief freudig:

„Von ihm! Von ihm!“

Halina und Juzia beobachteten sie schweigend. In Juzias Gesicht spiegelte sich etwas wie Neugier und Traurigkeit. Nach ihrer Vereinbarung mit Tagejew hätte sie ihn über alles unterrichten müssen, was in diesem Hause vorging, ja, ihn sogar den Brief übergeben sollen, den er über heiligen Dampf gegeben hatte, durchgesehen und mit Gummi verklebt wieder zurückgegeben hätte. Aber Juzia tat es nicht. Seit gestern war in ihr der Trost des mifhandelten Tieres erwacht. Sie hatte Markowski nichts von Tagejews Drohungen mitgeteilt, weil dieser ihr streng verboten hatte, irgend jemand in ihre Verabredung einzumischen. Aber das Maß war überfull. Die Rolle des Spiegels lastete wie ein Stein auf ihrem Herzen. Sie mochte und konnte nicht länger solchen Zwecken dienen. Sie war leichtsinnig, eine käufliche Dirne, alles, aber... ein Spiegel! Sie überlegte, ob es nicht besser wäre, Markowski alles zu sagen. Von zwei Uebeln wählen ihr Markowski ein Engel im Vergleich mit Tagejew. Vielleicht konnte er sie noch retten und von den Spieldiensten erlösen. Zu diesem Zwecke wollte sie Janka bitten, gegen Abend ausgehen zu dürfen. Sie mußte, daß Markowski sie um diese Zeit mit offenen Armen empfangen würde.

Janka hatte den Brief zu Ende gelesen. Unbeschreibliche Freude spiegelte sich in ihrem Gesicht.

„Was schreibt er?“ fragte Halina neugierig. „Er kommt morgen! Hörst du? Mit dem Abendzug!“

Sie drückte den Brief an die Lippen. „Morgen werde ich ihn sehen!“

„Gnädiges Fräulein“, fragte Juzia schüchtern. „Darf ich für eine Stunde ausgehen?“

„Geh nur, geh“, sagte Janka. „amüsiere dich! Vielleicht hast du auch einen Bräutigam? Ja?“

Von Glück und Liebe strahlend, näherte sie sich Juzia. Juzia dachte an den Mann, zu dem sie gehen wollte, an seine ausweichenden Liebschungen, an seinen von Alkohol und Tabak durchtränkten Atem und sein „asiatisches“ Benehmen und wurde dabei immer trauriger.

„Nein, gnädiges Fräulein, ich habe keinen Bräutigam.“

„Das ist schlimm“, erwiderte Janka lachend. „Wißt du denn eine alte Jungfer bleiben?“

„Ich traue nicht mehr zur Heirat!“ sagte sie mit gedämpfter Stimme.

„D!“ riefen die Mädchen erstaunt. „hatteft du vielleicht einen Bräutigam und er starb?“

„Ja!“ bestätigte Juzia. „das ist es!“

In diesem Augenblick erschien Razzo. Er kam aus der Stadt in seinem Uniformmantel und hielt einen Brief in der Hand. Er glaubte, Janka allein zu treffen. Juzia verließ das Zimmer und Janka lief dem Bruder entgegen.

„Weißt du, Herr Razzo kommt morgen!“

„Ich weiß es und wollte es dir gerade sagen.“

„Wie so weißt du es denn?“

Ein Anflug von Ungebuld huschte über Razzo's Antlitz. „Was liegt daran! Genug, daß ich es weiß.“

Er zerknitterte den Brief und steckte ihn mechanisch in die Manteltasche.

„Essen wir bald?“

„In einer Stunde!“

Er wandte sich zur Tür, um in sein Zimmer zu gehen.

„Möchtest du nicht bei uns bleiben?“ fragte Janka, als sie sah, daß die Freundin sich verlegt fühlte.

Aber Razzo hing bereits seinen Mantel und Mütze im Vorzimmer an und entgegnete:

„Nein, meine Liebe, ich habe keine Zeit!“

Die Mädchen blieben allein.

„Dein Bruder ist ein hübscher Junge, aber furchtbar eingebildet“, begann Halina.

„Wie so denn?“

„Er verkehrt ja mit niemand!“

„Ja, er steckt immer nur in Büchern.“

„Ich bin neugierig, was er wohl lesen mag. Laß uns einmal nachsehen! Vielleicht können wir auch aus dieser Wissensquelle schöpfen.“

Aber Janka war nicht imstande, an etwas anderes zu denken, als an Aljisi und ihre Liebe. Halina wurde schließlich müde, immer dasselbe zu hören und wollte aufbrechen.

„Du mußt aber Begleitung haben!“ sagte Janka. „Du kannst doch nicht am Abend allein gehen!“

Aber sowohl die Absicht wie Juzia waren ausgegangen.

„Vielleicht bringt Razzo dich!“ sagte Janka.

Halina zuckte die Achseln.

„Der? Er sagt wieder, er habe keine Zeit, und dann bin ich die Blamierte. Nein, nein, ich gehe lieber allein!“

„Damit man dich beraubt oder gar tötet! Dann über-nachte lieber bei mir!“

„Das kann ich nicht. Du weißt, wie streng Mama darin ist.“

Die beiden Mädchen standen verlegen und hilflos da. Plötzlich klatschte Janka freudig in die Hände.

„Ich werde dich begleiten!“

„Was nützt mir das! Damit wir beide überfallen werden!“

„Hab keine Sorge. Du sollst unter dem Schutze eines Mannes gehen.“

Das ausgelassene, übermütige Kind lebt in ihr auf. Wie ein Pfeil schnellte sie aus dem Zimmer.

„Wirst schon sehen!“ rief sie.

Halina, die Jankas übermütige Scherze von der Schule her kannte, wunderte sich nicht und wartete geduldig ab, was dieses kleine Köpfchen wohl ermannen haben mochte.

Sie wartete nicht lange.

Bald stürzte ein reizender, kleiner Student ins Zimmer, in einem viel zu langen Mantel und umgekrampften Beinleidern, aus denen ein Paar kleine Füßchen hervorschauten, die Mütze tief über der Stirn. Janka bot der erstaunten Freundin galant den Arm und rief lachend:

„Ju Beschel, mein gnädiges Fräulein!“ (Fortf. folgt)

